

**Freie
Demokraten**

FDP

**Für
Bremen**

**und
Bremerhaven**

**Gemeinsames Wahlprogramm der FDP Bremen und der FDP
Bremerhaven zur Bürgerschaftswahl und Wahl zur Stadtver-
ordnetenversammlung 2015**

Beschluss des FDP Landesparteitags vom 3. März 2015

Inhalt

Vorwort	5
Liebe Wählerinnen und Wähler,	5
Bildung und Wissenschaft	8
Frühkindliche Bildung	8
Schulbildung	10
Moderne Technik in der Bildung	13
Hochschulen	14
Arbeitsmarktpolitik und Armutsbekämpfung	17
Kinderarmut	20
Libérale Wirtschaftspolitik	21
Verwaltung als moderne Serviceeinrichtung für die Bürgerinnen und Bürger	25
Stärkung der Häfen in Bremen und Bremerhaven	26
Libérale Verkehrspolitik für Bremen und Bremerhaven	28
Infrastruktur	29
Straßenverkehr	29
Schienenverkehr	31
ÖPNV	33
Luftverkehr	33
Oberzentrum Bremen – Bremerhaven im Zentrum des Umlands	34
Wohnungspolitik mit Augenmaß	35
Solide Finanzen in der eigenständigen Freien Hansestadt Bremen	39
Mehr Demokratie wagen	41
Transparentes Handeln in der Politik	43
Sicherheit und Recht in Bremen und Bremerhaven	44
Polizei	44
Feuerwehr	47
Justiz	47
Sicherheit im Netz	50
Drogenpolitik	50
Novellierung des Bremer Hundegesetzes	51

Gesundheitswesen.....	52
Politik für und mit Senioren	55
Sterbebegleitung.....	57
Förderung des Gesundheitsbewusstseins	58
Sucht und Drogen	58
Für ein buntes, vielfältiges Bremen	61
Integration und Zuwanderung.....	62
Inklusive Gesellschaft.....	63
Familie und Jugend	65
Kultur.....	66
Sport.....	69
Index - Stichwortverzeichnis.....	71

Vorwort

Liebe Wählerinnen und Wähler,

seit 70 Jahren engagieren sich die Freien Demokraten für eine offene und moderne Politik. Denn die Menschen in Bremen und Bremerhaven haben ein selbstbestimmtes Leben verdient. Sie haben ein Recht auf eine lebenswerte Zukunft, die nicht von Verschuldung, steigender Armut und schlechter Bildung gefährdet wird. Deshalb will die FDP Bremen dafür sorgen, dass Eigeninitiative und Leistung wieder ihren gebührenden Stellenwert in der Politik unseres Landes bekommen. Wir geben uns nicht damit zufrieden, die Lebensverhältnisse nur ein wenig zu verbessern - wir wollen echte Chancen eröffnen.

Und dabei zählt jeder Mensch - egal, woher er kommt, an welchen Gott er glaubt oder wie vermögend er ist. Wir wollen, dass Menschen, die arm sind, die Chance bekommen, zu arbeiten. Deshalb setzen wir auf bessere Bildung. Jeder junge Mensch in Bremen und Bremerhaven hat einen Anspruch darauf, optimal unterrichtet zu werden um einen individuell bestmöglichen Bildungsabschluss zu erlangen. Die FDP steht zur Hochbegabtenförderung und gut gemachter Inklusion.

In der Bildungs-Bundesliga kann Bremen noch 15 Plätze aufsteigen. Wir wollen dazu beitragen, dass dieses gelingt. Wir setzen auf Wettbewerb und Leistung im Bildungssystem. Wir erkennen die Leistungen von staatlichen Schulen und von Schulen in freier Trägerschaft an. Der FDP

sind alle Kinder gleich viel wert. Deshalb sollen Schulen in freier Trägerschaft genauso viel Geld pro Kind bekommen, wie staatliche Schulen. Und wir wollen den Hochschulen ihre Freiheit zurückgeben. Sie können und sollen selbst verantworten, was sie forschen und was sie ausbilden. Sie sind die geistigen Motoren unseres Landes.

Häfen, Schiffe, Logistik, Automobilbau, Luft- und Raumfahrttechnik und Lebensmittelindustrie prägen Bremen und Bremerhaven. Engagierte Angestellte, Arbeiter und Unternehmer arbeiten für den Wohlstand unseres Bundeslandes. Diese Menschen haben Unterstützung verdient. Die FDP wird die Wirtschaft stärken und nicht behindern. Wir wollen, dass der Verkehr fließt und das Land floriert. Wir fordern eine Verwaltung, die Arbeitsplätze und Wachstum möglich macht und nicht behindert.

Existenzgründer schaffen Arbeitsplätze für sich und andere. Sie nehmen ihr Schicksal selbst in die Hand. Ihnen wollen wir den Weg ebnen: Mit Wagniskapital, Unterstützung von Gründungen aus Hochschulen heraus, Bürokratieabbau bis hin zur Befreiung von der Kammerpflicht in den ersten Jahren.

Die FDP wird die unseren Städten um sich greifende Armut an der Wurzel bekämpfen, vor allen Dingen die Kinderarmut. Das beste Mittel dagegen: Arbeitsplätze für die Eltern. Die FDP möchte für alle Eltern, die arbeiten wollen, ausreichend gute und ausreichend lange Betreuungsangebote für deren Kinder. Wir werden es nicht hinnehmen, wenn Frauen, insbesondere Alleinerziehende, wegen fehlender Kinderbetreuung nicht oder auch nur nicht Vollzeit arbeiten kann.

Bremen und Bremerhaven sind weltoffene Städte. Die FDP kämpft für Integration und gegen jegliche Diskriminierung. Verschiedene Kulturen, Kenntnisse, Religionen Professionen und Sichtweisen bereichern Bre-

men und Bremerhaven. Viele Menschen unterschiedlichster Herkunft arbeiten hier. Auch Asylbewerber, die selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können, sollen dies dürfen. Deshalb sind wir für die Aufhebung von Arbeitsverboten.

Freie Demokraten wollen ein anderes, ein besseres, ein moderneres Bremen. Damit sich etwas ändert, bitten wir Sie: unterstützen Sie uns bei den Wahlen zur Bürgerschaft, zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und den Stadtteilbeiräten in Bremen. Lassen Sie uns gemeinsam an einer Zukunft für unser Land arbeiten!



Lencke Steiner
Unternehmerin
Spitzenkandidatin Bremen



Hauke Hilz
Professor für Lebensmittelchemie
Spitzenkandidat Bremerhaven
FDP-Landesvorsitzender

Bildung und Wissenschaft

Eine umfassende Bildung für möglichst alle Menschen ist die Basis der Zukunft unserer Gesellschaft. Durch eine hohe Anzahl gut gebildeter Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven eröffnen sich zahlreiche Chancen und Perspektiven für unsere Städte. Den zukünftigen Anforderungen unserer sich im Wandel befindlichen Gesellschaft können wir nur durch die Arbeit gut ausgebildeter Menschen gerecht werden. Gute Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel zu einem friedlichen und respektvollen Zusammenleben.

Im Angesicht eines steigenden Altersdurchschnitts in der Bevölkerung und einer sinkenden Zahl junger Menschen muss der Staat zwingend, im Interesse aller, seine Aufgaben in diesem Bereich wahrnehmen. Hierzu gehört es, individuell die bestmögliche Bildung und Ausbildung für nachfolgende Generationen zu ermöglichen sowie das lebenslange Lernen zu fördern und zu begleiten.

Frühkindliche Bildung

Bildung fängt bereits im Kleinkindalter an. Die Bremer FDP setzt sich dafür ein, dass, der Nachfrage entsprechend, Krippen und Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Ergänzend hierzu sollen außerdem Plätze bei Tagesmüttern und Tagesväter in ausreichendem Umfang bereitgehalten werden. An den Kosten hierfür soll sich der Bund stärker als bisher beteiligen. Wir fordern in diesem Zusammenhang, das Betreuungsgeld zu streichen und die hierdurch eingesparten Gelder zu diesem Zweck einzusetzen.

Die FDP macht sich dafür stark, dass die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten noch flexibler gestaltet werden. Wir wollen, dass der Be-

treuungsschlüssel von zwei Fachkräften pro 20 Kinder in allen Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven realisiert wird, damit frühkindliche Bildung angemessen stattfinden kann. Durch die Erhöhung des Anteils akademisch ausgebildeter Kräfte in Kindergärten, soll die frühkindliche Bildung darüber hinaus weiter gestärkt werden. Die Leistung von Eltern-Kind-Gruppen, Kirchen und freien Trägern in der frühkindlichen Bildung erkennen wir an und fordern deshalb, dass ihnen dieselben Mittel pro Kind zukommen wie staatlichen Einrichtungen. Ein wichtiger Beitrag zur frühkindlichen Bildung wird auch durch Tagespflegepersonen erbracht. Dies ist besonders wichtig für Kinder, deren Eltern durch ihren Arbeitsplatz auf eine zeitlich sehr flexible Betreuung angewiesen sind und die von Kindertageseinrichtungen in der Form nicht erbracht werden kann. Wir wollen deshalb, dass die Arbeit von qualifizierten Tagesmüttern und Tagesvätern so vergütet wird wie die Arbeit von Fachkräften. Zielsetzung der FDP ist es, dass im gesamten Bereich der frühkindlichen Bildung nur qualifiziertes Personal zum Einsatz kommt.

Einen verpflichtenden Besuch des Kindergartens wollen wir nicht. Entscheiden Eltern sich dafür, dass ihre Kinder die dortige Betreuung in Anspruch nehmen, soll ihnen zumindest das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei angeboten werden. Damit alle Kinder von Schulbeginn an die gleichen Chancen haben, stehen wir zu Sprachtests, welche im Vorfeld der Einschulung durchgeführt werden. Kinder, die dort Defizite aufweisen, sollen individuell gefördert werden, um zur Einschulung die erforderlichen Sprachkenntnisse vorweisen zu können. Die Teilnahme an dieser Förderung ist verpflichtend.

Da frühkindliche Bildung nach unserer Auffassung zu den Aufgaben des Bildungsressorts gehört, sind Zuständigkeiten für Krippen, Kitas und verwandte Einrichtungen dorthin zu verlagern.

Schulbildung

Die Arbeit der Schulen und Lehrkräfte in Bremen und Bremerhaven muss weiter kontinuierlich verbessert werden. Nicht die Schulstruktur ist Ursache für Bremens schlechten Stand im Ländervergleich der Schulbildung, sondern die mangelnde Leistungsorientierung und Ausstattung an unseren Schulen. Dem Lehrpersonal muss es möglich gemacht werden, auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler einzugehen und ihnen die für sie geeigneten Lernmethoden zu zeigen.

Wir fordern darüber hinaus eine Offensive gegen den Unterrichtsausfall an Bremer Schulen. Aktuell fällt Unterricht zu häufig aus, was zukünftig vor allem durch die Besetzung ausreichender Lehrerstellen verhindert werden kann.

Die FDP steht für ein leistungsorientiertes Schul- und Bildungssystem. Alle Schulabgänger müssen, ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend, bestmöglich gebildet und ausgebildet sein. Dazu gehört, dass sie sowohl ausbildungs- als auch arbeitsfähig sind. Es erfordert aber auch, dass sie bereits durch die Schule auf ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben vorbereitet wurden. Dazu gehört auch kulturelle Förderung sowie Wertevermittlung für Demokratie, Freiheit, Toleranz, Leistung und Eigenverantwortung. Das „Wollen wollen“ soll vermittelt werden.

Es gilt, jeden Schüler und jede Schülerin entsprechend seiner beziehungsweise ihrer Möglichkeiten und Fähigkeiten zu fördern. Die Schü-

lerinnen und Schüler sollen sowohl Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen als auch naturwissenschaftliches und ökonomisches Verständnis sowie im Werkunterricht erfahrenes handwerkliches Geschick erwerben.

Wir wollen ein Bildungssystem, das auch für die nicht-akademische Laufbahn qualifiziert ausbildet und sich damit auf eine der Stärken Deutschlands im internationalen Vergleich besinnt. In diesem Sinne fordern wir, die qualifizierten Werdegänge im Handwerk weiter zu fördern, z.B. durch guten Werkunterricht.

Wirtschaftliche Aspekte müssen schon im Schulunterricht mehr Beachtung finden. Themen wie zum Beispiel Selbstständigkeit, Betriebsgründung oder Betriebsübernahme werden bisher nur wenig behandelt. Dabei sind es gerade diese Themen, die zukunftsweisend für unser Land sind. Unabhängig vom Karrierezweig müssen bereits in der Schule wirtschaftliche Grundlagen vermittelt werden. Wir setzen uns unter diesem Gesichtspunkt auch für eine Einbindung von Handelskammer und Handwerkskammer während der Betreuungszeit in Ganztagschulen ein.

Die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein international beneidetes Erfolgsmodell. Berufsschulen müssen daher anerkannt und angemessen ausgestattet werden.

Die FDP setzt sich für Inklusion in der Schule ein. Zugleich stehen Freie Demokraten für den Erhalt der drei Förderzentren für Blinde und Sehgeschädigte, Taube und Hörgeschädigte sowie Schwerstmehrfachbehinderte. Damit Inklusion gelingt und erfolgreich wird, muss den Lehrkräften die Zeit eingeräumt werden, sich qualifiziert aus- und weiterzubilden. Zudem gilt es, dass Sonderschulpädagogen für Inklusionsklassen in ausreichendem Maße bereitgestellt und entsprechende Mittel für

qualifizierte Assistenzkräfte zur Verfügung gestellt werden. Sowohl Kinder und Jugendliche mit Behinderungen als auch Hochbegabte zu fördern und zu fordern, hebt das gesamte Leistungsniveau unseres Landes. Deshalb ist es unser Ziel, entsprechende Förderungen in Bremen und Bremerhaven zukünftig auszubauen.

Als selbstverständlich sollte es anzusehen sein, dass bauliche Mängel an Schulen zu beseitigen sind und Schulräume bedarfsgerecht gestaltet werden.

Entsprechend der gestiegenen Nachfrage ist es unsere Zielsetzung, dass mehr Schulen eine Funktion als Ganztagschule wahrnehmen. Diverse Angebote von Vereinen, aber auch Kooperationen mit Hochschulen und der Universität, bereichern das Schulleben und können als sinnvolle Ergänzung des Unterrichtes genutzt werden. Nicht zuletzt Kindern aus bildungsfernen Schichten wollen wir mit Hilfe von Ganztagschulen und Quartierbildungszentren bessere Bildungschancen ermöglichen. Durch ein erhöhtes Angebot von Ganztagschulen wird berufstätigen Eltern eine zuverlässige Betreuung ihrer Kinder angeboten. Um eine unkoordinierte Koexistenz zu vermeiden, betrachten wir es als sinnvoll, Horte zugunsten von Ganztagsgrundschulen auslaufen zu lassen.

Jede Benachteiligung von Privatschulen, solange sie dem staatlichen Bildungsanspruch genügen, ist eine Beeinträchtigung der Freiheit und wird von den Bremer Liberalen strikt abgelehnt. Entsprechend fordern wir, den Schulen in freier Trägerschaft pro Schülerin und Schüler die gleichen Mittel zur Verfügung zu stellen, wie sie staatliche Schulen in Bremen und Bremerhaven erhalten.

Die FDP Bremen steht für Vielfalt im Bildungswesen. Gymnasien mit der Möglichkeit, das Abitur dort bereits nach 8 Jahren (12 Schuljahren)

abzulegen, sind Teil eines Bildungsangebots, das auch künftigen Generationen geboten werden muss. Bereits bestehende Gymnasien in Bremen sind zu erhalten, wobei Oberschulen, die sich zu Gymnasien wandeln wollen, die Möglichkeit dazu gegeben werden soll.

Moderne Technik in der Bildung

Moderne Technik und der Umgang mit dem Internet nehmen einen immer größeren Platz in unserem Leben ein. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, setzen wir uns dafür ein, dass eine diesbezügliche Ausbildung und auch Aufklärung mehr Gewicht in der Schulbildung erhält. Den Schülerinnen und Schülern sollten sowohl die zahlreichen sinnvollen Möglichkeiten der Technik als auch der richtige Umgang mit ihr nahegebracht werden. In gleichem Maße müssen sie auf die möglichen Gefahren und Konsequenzen, besonders im Umgang mit privaten Daten, eigenen Bildern, der Nutzung von verschiedenen kommerziellen Angeboten und die Folgen aktueller Trends, wie Cybermobbing über soziale Netzwerke, hingewiesen werden. Hierfür gilt es, entsprechend allgemeinverbindliche Standards zu entwickeln, stets aktuell zu halten und nachhaltig zu verfolgen.

Eine entsprechende Aufklärung sollte nach unserer Ansicht auch an die Erziehungsberechtigten der jeweiligen Schülerinnen und Schüler gerichtet werden. Da diese selbst ohne das Internet aufgewachsen sind, herrscht auch bei ihnen häufig große Unsicherheit darüber, wie ihre Kinder, aber auch sie selbst, verantwortungsbewusst damit umgehen sollten. Unterstützt durch die Schulen, sollen diese Unsicherheiten abgebaut und somit ein bewusster und verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet in der Familie gefördert werden.

Durch die Vernetzung über das Internet und den Einsatz moderner EDV, ergeben sich nach Ansicht der FDP zusätzlich zahlreiche Möglich-

keiten zur Verbesserung der Bildung. Beispielhaft hierfür sind vernetzte Plattformen, auf denen Lehrkräfte die nötigen Lehrmaterialien ihrer verschiedenen Klassen individuell verfügbar machen können. Solange diese Materialien nicht urheberrechtlich geschützt sind, können sie in einem weiteren Schritt auch als sogenannte Open Educational Resources (OER) der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden und einen Beitrag zum Anspruch des lebenslangen Lernens leisten.

Hochschulen

Zielsetzung der FDP ist mehr Hochschulfreiheit und Autonomie für die Hochschulen in Bremen und Bremerhaven. Ein wichtiges Kriterium hierfür ist, dass sie selbst über Arbeitsschwerpunkte entscheiden und ihre eigenen Forschungs- und Bildungsschwerpunkte definieren können. Den staatlichen Hochschulen soll durch volle Personalhoheit die Möglichkeit gegeben werden, unabhängig über Einstellungen und Entlassungen ihres Personals entscheiden zu können.

Hochschulen und Universitäten sind Basis für Wachstum und Zukunft unseres Landes und damit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Vor diesem Hintergrund ist es unserer Ansicht nach vollkommen unverständlich, dass Studiengänge, deren Absolventinnen und Absolventen nach wie vor gefragt und nötig sind, vom Senat zur Disposition gestellt wurden. Bremen braucht auch zukünftig qualifizierte Psychologinnen und Psychologen. Politische Vorgaben, welche die Streichung dieses Studienganges vom Lehrangebot der Universität zur Folge hätten, würden der psychologischen Versorgung in der Region schaden.

Wir wollen auch weiterhin allen Studieninteressierten ein breites Angebot an Studiengängen zur Verfügung stellen. Die Vielfalt an Studienangeboten stärkt Bremen und Bremerhaven als Hochschulstandorte und macht unsere Städte für junge Menschen zu einem attraktiven

Studienort. Dabei müssen die Hochschulen eigenverantwortlich über ihre Lehrangebote entscheiden dürfen.

Durch das attraktive Studienangebot ist auch in Bremen und Bremerhaven die Zahl der Studentinnen und Studenten in den letzten Jahren stark gestiegen. Der Ausbau der Infrastruktur, um diese in Bremen beherbergen zu können, ist dabei wie vielerorts zu langsam erfolgt. Dabei ist vor allem festzustellen, dass für die Studierenden bezahlbarer Wohnraum nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Die FDP Bremen setzt sich daher für mehr bezahlbaren Wohnraum für Studentinnen und Studenten ein. Dabei ist zu prüfen, ob neben dem Studentenwerk auch mit privatwirtschaftlichen oder karitativen Anbietern Projekte umgesetzt werden können.

Die FDP steht für Forschungsfreiheit und setzt auf das verantwortliche Handeln aller Forscherinnen und Forscher an den Hochschulen. Gesetzliche Zivilklauseln lehnen wir ab. Notwendige Tierversuche, bei denen alle Ethik- und Tierschutzstandards eingehalten werden, halten wir für vertretbar. Auf Erkenntnisse dieser Forschung zu verzichten, wenn sie auf anderem Wege nicht gewonnen werden können, ist nach unserer Auffassung nicht verantwortbar. Wir begrüßen und unterstützen, dass Bremer Unternehmen durch Stiftungsprofessuren die Hochschulen unterstützen und stärken.

Die FDP Bremen befürwortet eine vielfältige Hochschullandschaft. Neben den staatlichen Hochschulen sind die privaten Hochschulen eine Bereicherung der Wissenschaftslandschaft. Nicht nur in Zeiten hoher Studierendenzahlen leisten private Hochschulen einen wichtigen Beitrag. Die FDP Bremen bekennt sich dazu, private Hochschulen zu unterstützen. Gleichzeitig darf die Förderung pro Studienplatz – konkret

auch im Falle der Jacobs University – nicht die Förderung der staatlichen Hochschulen übersteigen.

Dabei ist festzustellen, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen Bremens derzeit unzureichend ist. Dieser Zustand führt zu Nachteilen auf Seiten der Bremischen Hochschulen im Wettbewerb der Stellenbesetzung, da durch die immer wieder erneut auferlegten Kürzungsvorgaben schwerlich attraktive und auch langfristige Stellenangebote geschaffen werden können. Zudem sind die Hochschulen genötigt, sich in starke Abhängigkeit von Drittmitteln (externe Forschungsaufträge) zu begeben. Dies gefährdet immens die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in Forschung und Lehre, insbesondere wenn es darum geht, Forschung unabhängig von Interessen externer Investoren zu leisten. Doch wirkt sich die mangelhafte Grundfinanzierung nicht nur auf das Personal, sondern auch auf die Infrastruktur der Hochschulen aus. Etliche Gebäude sind stark sanierungsbedürftig, und die entstehenden Kosten für eine Behebung steigen durch zunehmenden Schaden immer weiter. Dem gehört dringend Abhilfe geleistet. Daher setzt sich die FDP Bremen dafür ein, dass, u.a. durch eine stärkere Kooperation mit dem Bund, den Hochschulen Bremens eine bessere, langfristiger planbare Grundfinanzierung zukommt, anstatt sie immer weiter mit neuen Kürzungsaufgaben zu belasten. Die Hochschulen Bremens sind ein wichtiger Standortfaktor für die Zukunft Bremens und gehören entsprechend gestärkt.

Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist, dass die Kosten für das BAföG in Zukunft durch den Bund übernommen wurden. Dadurch werden in Bremen finanzielle Mittel für die Hochschulen frei. Die FDP Bremen tritt dafür ein, dass die Mittel komplett bei den Hochschulen verbleiben und insbesondere der Lehre zu Gute kommen. Wir wollen den

Studentinnen und Studenten dadurch ein besseres Lehrangebot zur Verfügung stellen. Dozentinnen und Dozenten sollen eine bessere Ausstattung erhalten, um die Qualität ihrer Lehre zu verbessern. Die Gelder sollen allen Bremer Hochschulen - je nach derzeitigem BAföG-Budget - anteilig zugutekommen. Auf Bundesebene setzen wir uns darüber hinaus dafür ein, das BAföG elternunabhängig zu gestalten. Wir wollen, dass das Studium nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wer studieren möchte, soll dies frei und selbstbestimmt tun können. Wir unterstützen Studentinnen und Studenten dabei, ihr Studium selbst zu gestalten und ihren eigenen Weg zu gehen.

Auch wenn ihre Leistungsfähigkeit in Zukunft derzeit leider immer noch gefährdet ist, bieten Hochschulen in Bremen durch ihre Kompetenz nicht nur ein tolles Forschungsumfeld, sondern auch Unterstützung bei Gründung und Technologietransfer. Die Universität Bremen hat bereits viele Gründerinnen und Gründer bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt. Das wollen wir fördern. Egal ob Alumni, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder Studentinnen und Studenten: Wer den Mut hat zu gründen, soll von den Bremer Hochschulen unterstützt werden! Wir wollen dafür sorgen, dass die Hochschulen die Mittel erhalten, zusammen mit den angehenden Unternehmerinnen und Unternehmern Ergebnisse aus Forschung und Wissenschaft zu einer Geschäftsidee weiter zu entwickeln. Hierfür wollen wir einen Gründerfonds einrichten und ein landesweites Netzwerk für Alle mit Gründergeist aufbauen.

Arbeitsmarktpolitik und Armutsbekämpfung

Das Bundesland Bremen weist die höchste Armutsquote und zugleich die höchste Quote an Hartz IV-Empfängern aller deutschen Bundeslän-

der auf. Armut ist eine Folge fehlender Arbeitsplätze, mangelnder Ausbildungs- und Arbeitsfähigkeit sowie mangelnder Arbeitswilligkeit. Grundvoraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine Attraktivitätssteigerung des Standortes. Wir wollen Bremen und Bremerhaven für Arbeitgeber attraktiver machen. Deshalb setzt sich die FDP aktiv für eine grundlegende Wende in der Bremer Bildungs-, Wirtschafts- und Kulturpolitik ein.

Bremen ist einer der größten Industriestandorte Deutschlands und kann stolz sein, auf einen blühenden Mittelstand sowie zahlreiche leistungsfähige Handwerks-, Produktions- und Dienstleistungsunternehmen. Außerdem verfügt das Land über eine hochqualifizierte Logistikbranche und hervorragende Verkehrsanbindung über Flughäfen, Wasserwege und ein modernes Straßennetz. Es ist wichtig, diese Stärken nicht zu verstecken, sondern sie anzunehmen und als Grundlagen und Chancen einer besseren Zukunft für Bremen zu begreifen.

Ziel der Bremer und Bremerhavener FDP ist es, in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung wieder zu den anderen Bundesländern aufzuschließen. Durch einen klaren Fokus auf wirtschaftliches Wachstum in Bremen und einen konsequenten Abbau von unnötigen Hemmnissen kann diese Zielsetzung erreicht werden.

Ein eigener Arbeitsplatz ermöglicht es Menschen, selbstbestimmt zu leben und sich aus dem Armutskreislauf zu befreien. Wer keiner Arbeit nachkommt oder aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten kann, ist angemessen zu fördern. Dabei gilt allerdings: Arbeit muss sich lohnen. Wer arbeitet, muss mehr erhalten als derjenige, der nicht arbeitet. Die FDP fordert deshalb seit langem die Einführung eines Bürgergeldes zur Grundsicherung, bei welchem Hinzuverdienste maximal zur Hälfte angerechnet werden. Auf diesem Weg wollen wir auch die Bezieher von

staatlichen Unterstützungsleistungen motivieren, hinzu zu verdienen und sich so aktiv aus der Armutsfalle herauszuarbeiten. Die Höhe des Bürgergeldes sollte so bemessen sein, dass die Grundsicherung und das Wohngeld umfasst werden. Die Zahlung soll dabei von den Finanzämtern übernommen werden, damit sich Sozialämter auf die sozialen Problemlagen konzentrieren und jener Menschen annehmen können, die neben finanziellen auch soziale und gesundheitliche Probleme haben.

Unabhängig von der Struktur der Grundsicherung muss der Wertekanon einer liberalen Kultur vermitteln, dass das Bestreben jedes Gesellschaftsmitglieds auf der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Transferleistungen basiert. Vor diesem Hintergrund muss sich auch das mit den Hartz IV-Gesetzen eingeführte Prinzip der Aktivierung und des „Fordern und Fördern“, hinsichtlich seiner Erfolge und Nachhaltigkeit, einer kritischen Revision stellen. Eine moderne Arbeits- und Sozialpolitik muss ihre Erfolge in regelmäßigen Abständen bilanzierend evaluieren und entsprechende neue, angepasste Perspektiven entwickeln. Die geplanten Förderzentren in Bremen beispielsweise, lassen in ihrer Leistungsbeschreibung innovative Ansätze vermissen und orientieren sich ausnahmslos an den gängigen Ausschreibungskriterien der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Auch das neu installierte Jugendförderzentrum, mit ESF-Mitteln aufgestockt, trägt die Handschrift der üblichen Maßnahme- und Vergabekultur und weist keine bedeutenden inhaltlichen Neuerungen oder Ideen auf.

Die Arbeitsmarktpolitik muss sich einer kritischen Prüfung ihrer Inhalte, Zielsetzungen und vor allem ihrer Vergabepaxis unterziehen und sich mit innovativen Instrumenten dem Wandel unserer modernen, technikaffinen Wissens- und Informationsgesellschaft stellen. Dies können

die Bedarfsträger zum Beispiel durch die Ausschreibung von Modellprojekten steuern, welche sich durch neue Ansätze im Hinblick auf Zielgruppen, innovative Konzeption, Methode oder Finanzierung auszeichnen.

Kinderarmut

Die wirksamsten Maßnahmen gegen Kinderarmut sind berufstätige Eltern und gute, fundierte Bildung. Wir wollen deshalb die Rahmenbedingungen für die Arbeitsaufnahme der Eltern weiter verbessern und durch gezielte Bildung die Chancen jener Kinder, die heute in Kinderarmut leben, stärken. Unser Ziel ist es, die Kinderarmut an der Wurzel zu bekämpfen, sodass diese Kinder selbst ihr zukünftiges Leben ohne Armut führen können.

Um möglichst allen Eltern das Arbeiten zu ermöglichen, müssen sie auf attraktive und zuverlässige Kinderbetreuungsmöglichkeiten zurückgreifen können. Wir wollen, dass die Kinder von Erwerbstätigen bei der Vergabe von Plätzen in Ganztagskindergärten und Ganztagschulen bevorzugt berücksichtigt werden, insbesondere jene von alleinerziehenden Elternteilen. Dabei ist es essentiell, dass die angebotene Betreuungszeit ausreicht, um den Eltern eine ganztägige Arbeit zu ermöglichen. Eltern in Schichtarbeit und mit wechselnden Dienstzeiten soll es, durch eine hinreichende Anzahl von Tagespflegepersonen, ermöglicht werden, ihre Arbeit im Bewusstsein gut versorgter Kinder auszuüben.

Zudem wollen wir Arbeitsverbote und -beschränkungen für Flüchtlinge, Zugewanderte und Asylbewerber lockern beziehungsweise aufheben. Wer sich potentiell länger in unserem Land aufhält, die nötigen Erfordernisse für eine Arbeitstätigkeit erfüllt und selbst zu seinem Lebens-

unterhalt, sowie dem seiner Familie beitragen will, soll dies wie jeder anderer Bürger auch können.

Liberaler Wirtschaftspolitik

Die mittelständische Wirtschaft im Handwerk, der Produktion und in Dienstleistungen, ist nicht nur in ganz Deutschland, sondern gerade auch im Bundesland Bremen eine tragende Säule. Um diese weiter auszubauen, müssen neue Gewerbegebiete, wie beispielsweise die Mahndorfer Marsch, erschlossen, ausgewiesen und optimal an den Verkehr angeschlossen werden. Bestehende Gewerbebrachen, wie zum Beispiel die Funkschneise, das Vulkangelände und das Gelände des Güterbahnhofs gilt es zu reaktivieren. Die Anliegen der mittelständischen Wirtschaft sollen gefördert und von unnötiger Bürokratie befreit werden. Des Weiteren ist die Ausrichtung auf strategische Sektoren weiterhin zu verfolgen. Auf diese Weise werden bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen.

Es ist der FDP darüber hinaus ein Anliegen, den Austausch zwischen den Universitäten und Hochschulen des Landes Bremen und der Wirtschaft stärker zu fördern.

Um auch einen Marktplatz der guten Ideen zu schaffen, braucht wir in Bremen und Bremerhaven eine Open-Innovation-Plattform. Damit werden Synergien zwischen den Unternehmen und den Bürgern geschaffen.

Das Land Bremen und dessen Kommunen haben sich, gerade angesichts ihrer finanziellen Notlage, aus wirtschaftlichen Aktivitäten und Anteilsbeteiligungen herauszuhalten. Der Staat soll nur jene Funktionen ausüben, die private Unternehmen selbst nicht wirtschaftlicher und sinnvoller übernehmen können. Die FDP lehnt deshalb unter ande-

rem die Rekommunalisierung der zuverlässig und effizient von Privatunternehmen durchgeführten Müllabfuhr ab. Die Beschränkung des Staates auf seine gesetzliche Kontrollfunktion halten wir in diesem, wie in vielen anderen Bereichen, für sinnvoll.

Ziel der bremischen Wirtschaftspolitik muss es sein, Existenz- und Unternehmensgründungen zu fördern. Die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sollen zunehmend durch neue Ideen und Kreativität geprägt werden, wodurch ihre Attraktivität für ansiedlungswillige Unternehmen gesteigert wird. Wir wollen Gründer direkt fördern zum Beispiel durch Aufhebung der Kammerpflicht für Unternehmensgründer für die ersten fünf Jahre. Ein wirtschaftsfreundliches und nicht durch Bürokratie geprägtes Wirtschaftsklima ist hierfür ebenfalls unverzichtbar. Eine Bürokratie ohne das nötige Interesse für die Belange der Bürger und Unternehmen ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung in Bremen. Insofern muss dringend eine Wende zu mittelstandsfreundlicher und liberaler Politik eingeleitet werden.

Essentieller Schritt in diese Richtung ist die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Beteiligungen wie beispielsweise Airport und Brepark, aber auch der Bremer Lagerhaus Gesellschaft.

Hier darf es keinerlei Tabu-Themen geben. Eine Rekommunalisierung beispielsweise von Netzen oder Müllabfuhr lehnen wir ab.

Angesichts der aktuellen niedrigen Zinsen besteht auch die einmalige Möglichkeit der Eigentumsbildung in privater Hand durch Veräußerung von Wohnungen der Gewoba an die jeweiligen Mieter. So kann der Senat Menschen bei ihrer Zukunftsvorsorge helfen. Die zusätzlichen Einnahmen sollten gezielt der Wohnungsbauförderung und Erschließung neuer Wohngebiete zugutekommen.

Die FDP Bremen spricht sich für ein transatlantisches Freihandelsabkommen aus. Eine Freihandelszone mit den Vereinigten Staaten von Amerika nützt der deutschen Exportwirtschaft. Insbesondere der Logistikstandort und die Häfen in Bremen und Bremerhaven werden von einem solchen Abkommen profitieren. Damit solch ein Abkommen eine möglichst breite Unterstützung in der Öffentlichkeit findet, müssen die entsprechenden Verhandlungen transparenter geführt werden. Die Abkommen sollten zudem keine nebenstaatliche Gerichtsbarkeit schaffen. Bisher errichtete Verbraucherschutzstandards sind zu erhalten.

Nur eine liberale Wirtschafts- und Bildungspolitik ermöglicht es, das Land Bremen als Standort für Wachstum und Beschäftigung zu etablieren. Ein nachhaltiges Wirtschaftsklima, welches Leistung, Wettbewerb und unternehmerischen Mut fördert, ist das beste Instrument, um den Transfer in den Bereich Sozialleistungen zu reduzieren.

Die von Rot-Grün eingeführte Bettensteuer ist schädlich für die aufblühenden Tourismusstandorte Bremen und Bremerhaven. Sie offenbart beispielhaft einen typischen Fehler der roten und grünen Politik: Positive Entwicklungen werden nicht gefördert, stattdessen wird umgehend versucht, Gelder abzuschöpfen. Dieses Vorgehen verlangsamt das erfolgreiche Wachstum, in diesem Fall im Tourismusbereich, und steht in starkem Kontrast zur Forderung der FDP: Fortschritten Raum geben, damit die Zahl der Arbeitsplätze vermehrt werden und so der Wohlstand aller gefördert werden kann. Die FDP steht dementsprechend für eine kontinuierliche Weiterentwicklung, auch mit den notwendigen Investitionen, der Tourismusstandorte Bremen (beispielsweise mit Innenstadt, Schnoor und Häfen) und Bremerhaven (beispielsweise in die Einrichtungen der Havenwelten und das Schaufenster Fischereihafen).

Wir wollen mehr verkaufsoffene Sonntage in beiden Städten für Touristen und Bürger aus Bremen und Bremerhaven sowie dem Umland.

Wir wollen längere Öffnungsmöglichkeiten für den Weihnachtsmarkt sowie für Läden und Geschäfte an weiteren Tagen, zum Beispiel beim Weinfest oder Musikfest.

Dienstleistungen und Werke aus geistiger Arbeit sind für die deutsche Wirtschaft von sehr hoher Bedeutung. Stärker als in Staaten, die durch Industrie und Landwirtschaft geprägt sind, steht in Deutschland daher die Datenverarbeitung im Mittelpunkt. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, müssen möglichst optimale Rahmenbedingungen für den Datentransport geschaffen werden. Hierzu gehört der flächendeckende Zugang zum Internet über Breitbandanschlüsse mit hoher Übertragungsrate. Derzeit gleicht Bremen diesbezüglich einem großen Flickenteppich, weshalb Firmen zum Teil bestens geeignete Standorte und Immobilien nicht für ihre Zwecke nutzen können. Es gilt an dieser Stelle, in Zusammenarbeit mit Internet-Anbietern, Strategien zu entwickeln, welche die umfassende Verfügbarkeit eines zuverlässigen Zugangs zum Internet gewährleisten. Das Augenmerk sollte hier nicht nur auf die Geschwindigkeit des Downloads von Daten, sondern auch auf deren Upload gelegt werden. Insbesondere in der Kreativ-Wirtschaft ist die schnelle und fehlerfreie Übertragung von Daten ins Internet essentiell.

Eine möglichst schnelle und stabile Internetverbindung ist heutzutage nicht mehr nur an festen Standorten, etwa dem eigenen Büro oder dem heimischen Wohnzimmer, sondern immer häufiger auch mobil unterwegs notwendig. Wir sprechen uns für mehr öffentlich zugängliche Hotspots aus und fordern deren Einrichtung in Bussen und Straßenbahnen. Um in diesem Zusammenhang eine Entlastung der Mobil-

funknetze durch Hotspots über kabellose Lokalnetzwerke zu unterstützen, fordern wir, dass die sogenannte Störerhaftung für Betreiber von Hotspots, unabhängig davon ob kommerziell oder privat, komplett abgeschafft wird. Die FDP steht hier klar zum Verursacherprinzip, weshalb Personen verfolgt werden sollten, die Straftaten im Internet begehen, nicht aber jene, die lediglich ihren Anschluss öffentlich zur Verfügung stellen.

Staatlich erhobene Daten sollten, immer unter Rücksicht auf bestehende Datenschutzrichtlinien, über standardisierte Schnittstellen, in einheitlichen Formaten und ohne unnötige Bürokratie, öffentlich online abgerufen werden können. Diese Daten könnten schnell und unkompliziert für verschiedene Dienstleistungen herangezogen werden, wodurch wirtschaftliche Prozesse zukünftig optimiert würden. Derartige auf Open Data basierende Projekte sind sowohl privatwirtschaftlich, insbesondere im Rahmen von Public Private Partnerships, als auch bezüglich der Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden im sogenannten E-Government-Bereich relevant.

Verwaltung als moderne Serviceeinrichtung für die Bürgerinnen und Bürger

Bremen und Bremerhaven sollen nach dem Willen der FDP die modernsten Verwaltungen Deutschlands bekommen und zu modernen Serviceeinrichtungen umgebaut werden. Erreichen wollen wir dies durch eine grundlegende Modernisierung des Personalvertretungsgesetzes (PVG) und die damit möglich werdende, lange überfällige Personalstrukturreform in der öffentlichen Verwaltung, begleitet von einem strikten Abbau überflüssiger Verordnungen und Vorschriften mit verschlankten und prozessoptimierten Strukturen. Alle Aufgaben und Ar-

beitsschritte müssen auf Notwendigkeit, Effizienz und Nutzen überprüft werden, woraufhin überflüssige Regelungen konsequent abgeschafft werden. Notwendig sind zudem flache Hierarchien und kurze Dienstwege. Der öffentliche Dienst muss ein Dienstleister für alle Bürgerinnen und Bürger sein und sich als solcher verstehen.

Der Krankenstand der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung Bremens liegt erheblich über dem durchschnittlichen Krankenstand aller Beschäftigten. Im Ländervergleich nimmt Bremen auch hier einen negativen Spitzenplatz ein. Dies ist ein deutliches Zeichen für nicht akzeptable, schwierige Arbeitsbedingungen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Angestellte und Beamte muss daher mit allen Mitteln erfolgen, um den bestehenden Krankenstand zu reduzieren. Alle erforderlichen Sachmittel, die nötige EDV und zweckmäßige Räumlichkeiten sind den Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie, durch geeignete EDV, die Kommunikation zwischen Bürgern und Behörden vereinfacht werden kann.

Stärkung der Häfen in Bremen und Bremerhaven

Die FDP steht zu der zentralen Funktion der Häfen für die Zukunft Bremens und Bremerhavens. Das Land Bremen lebt von seinen Häfen, ist Logistikstandort und größter Umschlagshafen für Automobile. Damit das so bleibt, braucht Bremen die Vertiefung und den Ausbau der Weser – zur See und zum Binnenland. Nur so kann der Hafen weiterhin Anlaufpunkt für die modernen Großschiffe bleiben und damit den Logistikstandort auch in Zukunft sichern.

Die Hafeninfrastuktur muss erhalten bleiben. Wir dürfen unsere Kajen nicht verfallen lassen. Hier sind Investitionen notwendig, um höhere

Kosten zu vermeiden. Einem Kajeneinbruch, wie kürzlich in Bremerhaven, muss zeitgerecht vorgebeugt werden.

Die FDP ist für klare Handlungsstrukturen einer einheitlichen Hafenpolitik für sämtliche Häfen des Landes. Hoheitlich sind die Häfen der Stadt zuzuordnen, in deren geografischen Bereich sie sich befinden, um das Hafen- und Gewerbegebiet sinnvoll miteinander koordinieren zu können.

Eine Ausweitung der Hafenkapazitäten in Bremerhaven würden wir begrüßen. Voraussetzung wäre, dass diese rein privat finanziert und privat betrieben werden. Dabei sehen wir keine Chancen für ein reines Offshore-Terminal. Vielmehr sollte es ein Multifunktionsterminal sein, das auch den zu erwartenden, geringeren Offshore-Umschlag mit abdecken kann.

Der Ausbau der Offshore-Windenergie erfolgt langsamer und weniger stark als ursprünglich geplant. Es gibt ausreichend Hafenkapazitäten, wenn nicht sogar Überkapazitäten. Bremen hat es nicht geschafft sich seinen Teil dieses Hafengeschäfts zu sichern. Mit der falschen Standortentscheidung war klar, dass sich kein privater Investor für ein Offshore-Terminal findet. Eine Beschränkung auf Offshore für ein neues Terminal ist aus Sicht der Freien Demokraten nicht sinnvoll.

Das Vorgehen der rot-grünen Landesregierung, über Umschlagverbote den Universalstatus der bremischen Häfen (Universalhafenstatus) abzuschaffen, ist nicht akzeptabel und schadet der Wirtschaft in Bremen. Als Teil der Bundesrepublik Deutschland ist das Universalhafen-Prinzip für unser Land verpflichtend. Ein Verbot des Umschlags von Kernbrennstoffen kann, gerade in Zeiten der Energiewende, unter keinem Gesichtspunkt gerechtfertigt werden. Die Rücknahme und Entsorgung von Kernbrennstoffen macht deren Transport unumgänglich. Als Ha-

fenstandort stellt Bremen zu Recht seine hohe Bedeutung heraus, dennoch ist er in genau dieser Rolle auch von anderen Bundesländern abhängig. Eine Regierung darf die bundespolitischen Aufgaben in diesem Bereich nicht ablehnen und sie ohne weiteres an die anderen Bundesländer übergeben.

Die Bremischen Häfen müssen besser ans Hinterland angebunden werden. Hier wollen wir uns auch über das Hoheitsgebiet der Freien Hansestadt Bremen hinaus für einen Ausbau der Trassen auf Schiene und Straße einsetzen. Wichtige zu realisierende Projekte sind Y-Trasse bzw. einer sinnvollen Alternative dazu und die Küstenautobahn A20.

Das Binnenschiff ist der umweltfreundlichste Verkehrsträger. Im Gegensatz zu Straße und Schiene verfügt die Binnenschifffahrt noch über große verfügbare Kapazitäten. Um den Verkehrsträger Binnenschiff zu stärken und unsere Häfen nicht vom restlichen Wasserstraßennetz abzuhängen, setzen wir uns für einen zügigen Ausbau der Mittelweser ein. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir auch neuen Lösungen zur Erfüllung des Verwaltungsabkommens mit dem Bund offen gegenüber stehen.

Libérale Verkehrspolitik für Bremen und Bremerhaven

Mobilität ist die Voraussetzung für soziale Teilhabe, individuelle Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben. In Verbindung mit einer starken Verkehrsinfrastruktur bildet sie aber auch das Rückgrat für Produktion, Logistik und arbeitsteiliges Wirtschaften. Eine starke Wirtschaft braucht eine starke Infrastruktur. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind auf vielfältige Weise von der Verkehrspolitik betroffen. Sie erbringen Mobilitätsdienstleistungen und sind sowohl Produzenten von

Verkehrsmitteln und -infrastruktur als auch Nutzer der Verkehrsmittel; nicht zuletzt, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Der zunehmende Verfall der Verkehrsinfrastruktur gefährdet deshalb Wettbewerbsposition, Arbeitsplätze und den Wohlstand unseres Bundeslandes.

Infrastruktur

Eine starke Verkehrsinfrastruktur setzt zunächst die ordnungsgemäße und nachhaltige Pflege von Straßen, Schienenwegen und Radwegen voraus.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur brauchen klare Prioritäten. Erhalt muss grundsätzlich Vorrang vor Aus- und Neubau haben.

Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur sowie eine intelligente Vernetzung der Verkehrsträger ermöglichen eine nachhaltigere Mobilität: umweltschonender, leiser und bezahlbar. Nachhaltige Verkehrspolitik erfordert auch, gerade bei größeren Projekten, eine frühzeitige, aktive und offene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Straßenverkehr

Liberaler Politik setzt auf die Förderung des Verkehrsflusses. Durch die Überprüfung unnötiger Verkehrszeichen und Ampeln sowie der Ergänzung weiterer "grüner Pfeile" und fehlender Parkmöglichkeiten in Bremen, werden wir es den Verkehrsteilnehmern erleichtern, Fahrzeiten und Fahrwege zu verkürzen.

Der Liefer- und Handwerkerverkehr zum Endverbraucher muss gesichert, Anliegerinteressen und Wirtschaftsverkehr fair ausgeglichen werden. Wir brauchen ein leistungsfähiges Vorrangnetz für den Gewerbeverkehr und keine Entschleunigung auf Haupttangentialen.

Auch für Radfahrer gilt die Straßenverkehrsordnung, auch sie haben Rücksicht auf andere Verkehrsteilnehmer zu nehmen. Wir wollen dieses verstärkt kontrollieren und so Unfälle vermeiden helfen.

Der Ringschluss der A281 ist schnellstmöglich zu verwirklichen, auch um den Verkehr gezielt zu kanalisieren und andere Straßen und deren Anwohner zu entlasten. Die A281 ist aus Sicht der Freien Demokraten ein vorrangiges und überfälliges Verkehrsprojekt. Das GVZ braucht seit Jahren diese Anbindung. Die Anwohner sind genervt von der provisorischen Abfahrt an der Neuenlander Straße. Zudem benötigen wir den Wesertunnel. Durch den Autobahnring wird die Infrastruktur entscheidend verbessert. Am Runden Tisch wurde eine sinnvolle Lösung, ein tragbarer Kompromiss für die Neustadt und Obervieland gefunden. Woltmershausen, Seehausen und Strom benötigen auch eine Entlastung. Wird die Autobahn lange genug in Tieflage geführt, so ist auch hier eine vertretbare Lösung gegeben. Zudem muss Strom durch eine Anbindung von der A281 nach Delmenhorst nachhaltig entlastet werden.

Innovative Nutzfahrzeuge bieten zusätzliche Chancen für einen effizienteren und umweltfreundlicheren Güterverkehr. Innovationen sind daher ergebnisoffen und ohne ideologische Scheuklappen zu prüfen. Wesentliche Kriterien müssen dabei immer Effizienz, Umweltbilanz, Sicherheit und die Infrastrukturbeanspruchung sein. In Zusammenhang mit dem Lang-LKW, hat der Zwischenbericht der Bundesanstalt für Straßenbau (BASt), beim bundesweiten Feldversuch, positive Ergebnisse hervorgebracht. Wir wollen alle Bundesautobahnen und autobahnähnlichen Bundesfernstraßen in Bremen und Bremerhaven für die weitere Begleitung des Feldversuchs freigeben.

Durch die dynamische Entwicklung des Fernbusverkehrs, auch in und nach Bremen, hat der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) keine ausreichenden Kapazitäten mehr. Bremen braucht daher einen neuen ZOB, um an der weiteren Entwicklung partizipieren zu können und den Fernbustouristen eine attraktive Ankunft in der Stadt zu bieten. Dieser muss zentral gelegen sein und, im Sinne einer vernetzten Mobilität, gut für den ÖPNV und an überregionale Anbindungen erreichbar sein. Ebenso muss dieser wirtschaftlich optimal und verkehrlich sinnvoll sein. Der Beschluss der Baudeputation, den ZOB auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs einzurichten, wird von uns grundsätzlich unterstützt. Wir werden prüfen, inwieweit Bau und Finanzierung von privaten Investoren übernommen werden können. Den Betrieb wollen wir im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung vergeben.

Schieneverkehr

Beide Städte unseres Bundeslandes müssen besser über die Schiene verbunden werden. Aktuell wird die Verbindung im Rahmen einer Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) bis zum Jahr 2021 von der NordWestBahn betrieben. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode die Vorbereitungen dafür treffen, dass im Ausschreibungsverfahren für die Zeit nach 2021 eine Taktverdichtung auf allen Bahnlinien zwischen Bremen und Bremerhaven ausgewiesen wird. Zusätzlich setzen wir uns für die Reaktivierung des Bahnhofes Speckenbüttel ein, um diesen ins Ausschreibungsverfahren mit aufzunehmen. Dadurch kann auch der Bremerhavener Norden und Langen an das Bahnnetz angeschlossen werden.

Damit Bremen und Bremerhaven einen attraktiveren SPNV anbieten können, werden wir im Rahmen der Verhandlungen zur Föderalismusreform III darauf drängen, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes

auf ein angemessenes Maß angehoben und anhand realistischer jährlicher Kostensteigerungen dynamisiert werden. Ebenso unterstützen wir den von der Verkehrsministerkonferenz der Länder entwickelten „Kie-ler Schlüssel“ zur Verteilung der Mittel unter den Ländern.

Die Anbindung Bremerhavens an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn ist unzureichend. Wir werden daher gemeinsam mit der Deutschen Bahn prüfen, ob weitere Fernverkehrsverbindungen eigenwirtschaftlich betrieben werden können.

Durch die starke Zunahme des Schienengüterverkehrs ist die Lärmbelastung vieler Bürgerinnen und Bürger entlang der Schienenwege extrem gestiegen. Es kommt hier darauf an, Verkehrslärm zu mindern und mit Belastungen fair umzugehen. Verkehrswachstum und Schallemissionen müssen weiter entkoppelt werden. Weniger Verkehrslärm durch weniger Verkehr ist keine Option, denn Bremen und Bremerhaven sind auf Mobilität und Logistik zwingend angewiesen. Weniger Lärm bei mehr Verkehr ist dank technischer Entwicklungen möglich. Darüber hinaus ist Mobilität in einer freiheitlichen Gesellschaft das Ergebnis individueller Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern. Der Staat sollte diese Wünsche respektieren und hat nicht die Aufgabe, Verkehr zu dekretieren oder lenkend zu verteuern. Ein ehrgeiziger und ausgewogener Ansatz muss auf Lärmvermeidung an der Quelle (Emission) durch neue Technologie, den aktiven Lärmschutz auf dem Ausbreitungsweg (Transmission) und auf Lärmschutz an Häusern (Immission) setzen.

Wir halten daher am Ziel fest, den Schienengüterverkehrslärm bis 2020 durch die Umrüstung aller Güterwaggons mit sogenannten Flüsterbremsen zu halbieren. Diese Maßnahme allein ist in unseren Augen jedoch nicht ausreichend, weshalb wir außerdem, durch ein eigenes Landesförderprogramm zur Co-Finanzierung, die freiwilligen Lärm-

schutzmaßnahmen der Deutschen Bahn an stark frequentierten Strecken flankieren werden.

ÖPNV

Die FDP will eine deutliche Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) erreichen. Dazu gehören Taktverdichtungen im Bus- und Straßenbahnverkehr, insbesondere abends und an den Wochenenden, sowie die Einrichtung beziehungsweise bedarfsgerechte Erweiterung von Park-and-Ride-Systemen. Sie stellen eine sinnvolle und nützliche Verbindung von Individualverkehr und ÖPNV dar. Hier müssen Standorte gefunden, Konzepte entwickelt und Ideen verwirklicht werden.

Luftverkehr

Bremen ist ein traditionsreicher und erfolgreicher Luftverkehrsstandort. Vom City Airport Bremen fliegen rund 15 Airlines circa 2,8 Millionen Passagiere in über 50 Nonstop-Ziele in mehr als 20 Länder. Rund um den Flughafen haben sich in der Airport-Stadt über 500 Unternehmen mit mehr als 16.000 Mitarbeitern angesiedelt. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und auch berechtigter Anwohnerinteressen wahren. Lärmschutz und weitere Steigerung des Verkehrsaufkommens sind dank leiserer Flugzeuge und bei Nutzung geeigneter Anflugrouten möglich.

Die Freien Demokraten stehen grundsätzlich zum Nachtflugverbot. Zugleich muss sich der Flughafen Bremen bedarfsgerecht weiterentwickeln können. Daher werden wir prüfen, ob während der Sommerferienzeit die Betriebszeiten um eine Stunde vorverlegt werden können.

Der Flughafen Bremen steht im harten Wettbewerb zu den grenznahen niederländischen Flughäfen. Zur Stärkung des Luftverkehrsstandortes

Bremen setzen wir uns für den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen ein. Wir werden auf Bundesebene auf die Abschaffung der Luftverkehrsabgabe drängen.

Oberzentrum Bremen – Bremerhaven im Zentrum des Umlands

Als Großstädte haben Bremen und Bremerhaven eine besondere Funktion für ihr Umland und bieten nicht nur Kultur-, Bildungs- und Freizeitsowie verschiedene Sporteinrichtungen, sondern auch Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung durch Krankenhäuser. Beide Städte sind wichtige Verkehrsdrehscheiben für die Region. Senat und Magistrat stehen in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass beide Großstädte leistungsfähig bleiben und ihre Aufgaben als Zentren wahrnehmen können. Wir wollen, dass Bremen und Bremerhaven ihre Funktionen als Oberzentren in der Metropolregion ausfüllen und die dafür nötige Infrastruktur vorhalten und pflegen.

In seiner Position als Oberzentrum, muss Bremen sich ständig neu erfinden und legitimieren, wenn das Land seinen Status und seine Bedeutung erhalten will. Hierzu gehört unter anderem, dass Bremen die Funktion eines Oberzentrums in den Bereichen Verkehr, Gesundheitswesen, Hochschulbildung und Kultur wahrnimmt. Entsprechenden Aufgaben müssen sowohl für das eigene Bundesland als auch für die umliegenden Regionen insgesamt erfüllt werden. Die FDP tritt zugleich für die Stärkung dezentraler Strukturen in Bremen und Bremerhaven ein, die den einzelnen Stadt- und Ortsteilen die größtmögliche Entfaltungsfreiheit erlauben.

Durch Baurecht und Ansiedlungspolitik ist dafür zu sorgen, dass die einzelnen Stadtteile über örtliche Nahversorgungsstrukturen verfügen.

Hiermit wird beispielsweise auch älteren Bürgern die Möglichkeit geboten, Einkäufe auf kurzen Wegen zu tätigen. Es gilt, die einzelnen Stadtteile fortzuentwickeln, indem Baumaßnahmen gefördert werden, gegebenenfalls auch durch Zurverfügungstellung von städtischem Grund und Boden.

Wohnungspolitik mit Augenmaß

Die Ausweisung attraktiver Bauflächen in Bremen wurde bisher unnötig lange verzögert. Die FDP unterstützt die schnellstmögliche Ausweisung weiterer attraktiver Baugebiete, sowohl für den Geschosswohnungsbau (Miet- und Eigentumswohnungen) als auch für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern. Die Planung zum Beispiel für den Bereich des ehemaligen Büroparks Oberneuland hat sich ohne erkennbaren Grund unnötig in die Länge gezogen. Zum Beispiel ist für die Erweiterungsflächen des Huckelrieder Friedhofs oder das Gelände der ehemaligen Schule „Am Willakedamm“ im Stadtteil Huchting trotz extrem langer Planungsphasen noch immer keine schnelle Bebauung in Sicht. Nur durch eine Beschleunigung der Planverfahren wird auch jüngeren Familien der Zuzug beziehungsweise der Verbleib in Bremen und Bremerhaven ermöglicht.

Wir wollen zudem die Attraktivität bereits vorhandener Wohngebiete wieder steigern. In vielen einst gefragten Stadtteilen Bremens und Bremerhavens ist eine schleichende Entwicklung zu reinen „Altengettos“, ohne noch ausreichende Infrastruktur festzustellen. Hier wollen wir jungen Familien durch gezielte Förderprogramme den Erwerb von Eigentum ermöglichen. Das ist gut für Bremen und Bremerhaven, denn nur durch Wohnungsneubau und Vernachlässigung des Wohnungsbestandes kann man keine nachhaltige Wohnungspolitik betreiben. Ne-

ben dem Attraktivitätsgewinn für Stadtteile in Randlagen bringt jeder zusätzliche Bürger auch mehr Einnahmen für die Staatskassen. Dafür lohnt sich eine gezielte Förderung in jedem Fall. Unter anderem soll, durch die Schließung der Deponie Grauwall in Bremerhaven, das Wohnen in der Umgebung des Wellnessparks Speckenbüttel wieder angenehmer werden.

Auch setzt sich die FDP für das Schaffen von Wohnraum ein, welcher das Älterwerden der Bevölkerung berücksichtigt und ein Zusammenleben von Jung und Alt sowie Menschen mit Handicaps ermöglicht.

Bremen und Bremerhaven brauchen auch in der Zukunft Flächen für den Wohnungsneubau. Doch dabei darf nach unserer Überzeugung der Erhalt und das „Fitmachen“ unserer Bestandsimmobilien nicht aus dem Auge verloren werden. Durch immer neue Baustandards bei ständig steigenden Bau- und Materialkosten, durch immer neue Nachrüst- und Wartungspflichten sowie ständig steigende Steuern und Abgaben verlieren gerade die vielen privaten Kleinvermieter, die auch in Bremen und Bremerhaven den größten Teil des Wohnungsbestandes finanziert haben, den Mut. Investitionen bleiben bei unsicheren Rahmenbedingungen aus oder werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Die für Modernisierungs- und Instandhaltungsinvestitionen notwendigen Bruttorenditen sind häufig nicht mehr ausreichend.

Die bisherige Regierungskoalition wird nicht müde, ständig von überzogenen Mieten zu reden. Doch die höchsten Sprünge bei den Wohnkosten wurden von dieser Koalition beschlossen. So wurde die Grunderwerbsteuer innerhalb von 3 Jahren um rund 43 Prozent auf 5 Prozent der Immobilienkaufpreise erhöht. Für die nächste Legislaturperiode ist dann mal wieder die Diskussion über die Einführung einer Straßenreinigungsabgabe gesetzt. Natürlich ohne Reduzierung der Grundsteuer-

belastung, obwohl die Kosten hierfür bisher in der Grundsteuer enthalten sind. Wer bezahlbaren Wohnraum fordert, darf nicht selbst immer weiter an der Preisschraube drehen.

Die Kappungsgrenzen-Verordnung wurde in Bremen bereits eingeführt. Die Mietpreisbremse soll trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken noch in diesem Jahr folgen. Da sind sich alle derzeit in der Bürgerschaft vertretenen Parteien einig. Durch Symbolpolitik wird jedoch keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen. Profitieren werden nur die Mietinteressenten, dies sich schon heute hochpreisige Wohnungen in guten Lagen leisten können. Die finanziell weniger Betuchten werden durch eine Mietpreisbremse das Nachsehen haben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Zukunft in der Wohnungswirtschaft wieder die soziale Marktwirtschaft gilt. Das ist der beste Garant für eine gute Wohnraumversorgung.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bremen dem Beispiel Bremerhavens folgt und endlich einen Mietspiegel erstellen lässt. Mehr Markttransparenz hilft Mietern und Vermietern gleichermaßen und verhindert, dass, oft aus Unwissenheit, überhöhte Mieten gefordert werden.

Die Ausweisung neuer Baugebiete für das Wohnen kann und muss nach Ansicht der FDP einhergehen mit der Lokalisierung von Grünzügen und Anpflanzungen, die den Charakter Bremens als grüne Stadt erhalten. Mit der Stärkung der Zentren wird ein erhöhtes Verkehrsaufkommen vermieden und einer Zersiedlung entgegengewirkt. In der Stärkung der Oberzentren sieht die FDP auch einen wichtigen Beitrag zu Natur- und Umweltschutz.

Seit einigen Jahren haben attraktive Oberzentren wieder eine hohe Anziehungskraft. Diese auszubauen und zukünftig weiter mit Leben zu

erfüllen, ist unser Ziel. Unsere Überzeugung ist es, dass eine Stadt von der ständigen Erneuerung sowohl im Bereich des Wohnens als auch der Wirtschaft lebt und profitiert. Diese Erneuerungsprozesse müssen von Bürgerschaft und Senat gefördert werden. Wird Erneuerung behindert, geht dies zu Lasten der Lebensqualität, der Beschäftigung und des Wohlstandes.

Wir wollen ein gepflegtes Erscheinungsbild aller Stadt- und Ortsteile Bremens. Es bleibt dadurch attraktiv und steigert das Wohlbefinden der Einwohner und unserer Gäste. Damit dies auch in Zeiten knapper Kassen gelingt, treten wir nicht nur für pflegeleichte Bepflanzungen ein, sondern auch dafür, Projekte zu fördern, in denen Bürger die Verantwortung für die Pflege öffentlicher Naturflächen übernehmen wollen. Zudem appellieren wir an jeden Einzelnen, selbst mitzuhelfen, um Bremen und Bremerhaven sauberer zu halten.

Bremens Stadtbild ist geprägt von zahlreichen Grünflächen, Bäumen, Beeten und Gärten. Wir wollen, dass Bremen eine grüne Stadt bleibt. Bremerhaven ist bisher in Punkto Grünflächen ein bundesweites Schlusslicht, was für eine Stadt, die schon jetzt mit Einwohnerverlusten kämpft und deren Wirtschaft zu großen Teilen auf den Tourismus ausgerichtet ist, nicht akzeptabel ist. Insbesondere der Bereich der Havenwelten muss in Zukunft durch neue Grünflächen attraktiver werden.

Ein Aussetzen von Baumersatzpflanzungen wird es außerdem mit uns nicht geben. Die FDP setzt sich für die Begrünung von Gebäuden und zusätzliche Baumpflanzungen in unserem Bundesland ein. Ungenutzte und brachliegende Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeiten gibt, sollen ebenfalls begrünt werden und so zur Attraktivität unserer Stadt beitragen, anstatt sie negativ zu beeinflussen. Vorhandene

Grünflächen in Bremen und Bremerhaven, auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden.

Solide Finanzen in der eigenständigen Freien Hansestadt Bremen

Die FDP steht dafür, dass Bremen als Freie Hansestadt ein selbstständiges Bundesland bleibt. Legitimiert werden kann diese Selbstständigkeit in erster Linie nur durch die Wahrnehmung der Aufgaben Bremens und Bremerhavens als lebendige Oberzentren. Hierzu gehört die Erfüllung zentraler Funktionen, unter anderem in den Bereichen Verkehr und Kultur, aber auch durch die Bereitstellung wichtiger Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Flughäfen, Bahnhöfe und Hochschulen.

Bremen kann jedoch nur dann dauerhaft selbstständig bleiben, wenn alle Anstrengungen unternommen werden, um die aktuellen Schuldenproblem in den Griff zu bekommen. Die FDP steht daher für eine Trendwende hin zu einer Politik, die auf Effizienz setzt, unnötige Ausgaben kürzt und auf einen ausgeglichenen Haushalt abzielt. Wir stehen zur Schuldenbremse in der Bremer Verfassung.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat Bremen zu hohe Personalausgaben im Verwaltungsbereich. Dies gilt insbesondere für die senatorischen Dienststellen. Um diesen Wasserkopf abzubauen, sollten frei werdende Stellen nur in Ausnahmefällen wieder neu besetzt werden. Als positive Nebenwirkung könnte damit ein Beitrag zum Bürokratieabbau entstehen (siehe Verwaltung als moderne Serviceeinrichtung für die Bürgerinnen und Bürger).

Auch der Personalbestand in den Eigenbetrieben und Eigengesellschaften ist kritisch zu überprüfen.

Mit dem Ziel einer effizienteren Verwaltung und Ausgabenkürzungen, engagiert sich die FDP auch für die Ausweitung der Kooperationen mit den anderen norddeutschen Bundesländern. Bremen muss sich auf seine Stärken als Hafen-Umschlagsplatz und Industriestandort besinnen und diese in Kooperation mit Bürgern der mittelständischen Wirtschaft und den norddeutschen Bundesländern weiterentwickeln. In weiteren Bereichen muss eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern angestrebt oder zumindest geprüft werden.

Erforderliche Umschichtungen zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen gilt es ebenfalls anzugehen; Privatisierungen können und dürfen hierbei kein Tabu sein. Veräußerungen von Beteiligungen und Wirtschaftsgütern müssen vorurteilsfrei angegangen werden, um die Erlöse in eine Modernisierung der Infrastrukturen Bremens und die Entschuldung des Landes zu investieren. Anders ist Bremen nicht überlebensfähig.

Im Jahr 2019 laufen Solidarpakt Ost, Länderfinanzausgleich und Konsolidierungshilfen aus. Die erforderliche Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bietet die Chance, durch eine grundlegende Neuordnung alte Schwächen und Fehlanreize des Steuerverteilungssystems sowie des horizontalen Finanzausgleichs zu beseitigen. Solide Staatsfinanzen auf allen Ebenen, als Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung, können so ermöglicht werden. Das neue System muss deutliche Anreize zur Steigerung der Wirtschaftskraft schaffen. Dabei muss die Eigenverantwortung erhöht und zur Verbesserung der Steuerfähigkeit mehr Transparenz durch Systemvereinfachung hergestellt werden. Zudem muss die Finanzausstattung aufgabengerecht gestaltet und das Ausgleichsvolumen verringert werden. Zur Steigerung der Leistungsfähig-

keit im Wettbewerb gilt es, unter anderem durch den Abbau der Alt-schulden, faire Startbedingungen zu schaffen. Wesentliches Element der Neuordnung ist die Solidarität nach dem bündischen Prinzip. Nach der Änderung des Aufgabenzuschnitts durch die Föderalismusreform I und der Einführung der Schuldenbremse durch die Föderalismusreform II, muss diese Neuordnung, insbesondere der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, nun unverzüglich durch eine Föderalismusreform III umgesetzt werden.

Nur wenn das Bundesland Bremen alle diese Anstrengungen unternimmt, kann es seine Freiheit als selbstständiges Bundesland bewahren. Die FDP ist zu den notwendigen Schritten bereit. Ihnen müssen aber die geschilderten Eigenanstrengungen vorausgehen, die Bremen erst wieder zu einem modernen, zukunftsorientierten Stadtstaat werden lassen, welchen die FDP im Interesse aller Bremer Bürger mit Nachdruck anstrebt. Nur ein wirtschaftsfreundliches, liberales, auf den gesellschaftlichen und den demografischen Wandel ausgerichtetes Bremen, kann auch ein selbstständiges Bremen bleiben. Hierfür kämpfen die Freien Demokraten.

Mehr Demokratie wagen

Die FDP traut den Menschen in unserem Bundesland zu, Entscheidungen selbst zu treffen. Deshalb wollen wir auch ein Mehr an Demokratie erreichen. Hierzu gehört eine Verfassungsreform in Bremerhaven mit einer Direktwahl des Oberbürgermeisters sowie eine Direktwahl der Ortsamtsleiter als Stadtteilbürgermeister in Bremen. Die Stärkung der Elemente Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind weitere wichtige Anliegen der Freien Demokraten.

Die Bremerhavener Magistratsverfassung in ihrer jetzigen Form halten wir für überholt, denn sie ist wenig schlagkräftig und zu undurchsichtig. Wir sind daher für eine grundlegende Reform der Bremerhavener Verfassung. Im Wesentlichen geht es dabei um drei Dinge: Eine Reform der politischen Strukturen, mehr Einflussmöglichkeiten des Wählers, auch zwischen den Wahlen, und eine Entrümpelung der Verfassung. Unsere zentralen Forderungen sind: die Direktwahl des Oberbürgermeisters durch die Bürgerinnen und Bürger der Seestadt, eine Verwaltungsspitze mit vier hauptamtlichen Dezernenten, welche vom Oberbürgermeister vorgeschlagen und von der Stadtverordnetenversammlung für die Dauer einer Wahlperiode gewählt werden, sowie eine deutliche Ausweitung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger der Seestadt.

Wir sind der Meinung, die Bürgerinnen und Bürger unserer beiden Städte sind fähig und willens, mehr Verantwortung zu übernehmen und größeren Einfluss auszuüben. Hierzu sollten sie ausreichende Möglichkeiten erhalten. Mehr direkte Demokratie führt auch zu erhöhter Transparenz für die Bevölkerung; etwas, das in Bremen und Bremerhaven dringend notwendig ist.

Wir wollen einen Bürgerantrag, der es den Einwohnern künftig ermöglicht, die Parlamente dazuzu veranlassen, sich mit einem Thema zu befassen und darüber zu entscheiden. Nötig sind hierfür die Unterschriften von einem halben Prozent der Gesamteinwohnerzahl.

Wir wollen ein Bürgerbegehren, das zu einem Bürgerentscheid führen kann, dem nahezu alle Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung unterworfen werden können. Der Negativkatalog muss, analog zu dem des Bundeslandes Bayern, entsprechend zusammengestrichen

werden. Die Beteiligung von zwei Prozent der Einwohner ist notwendig, um einen entsprechenden Bürgerentscheid zu beantragen.

Für Bürgerentscheide sollen die Quoten weiter deutlich gesenkt werden. So können auch stadtteilpolitische Entscheidungen, die unter Umständen in den nicht betroffenen Stadtteilen zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung führen, von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Eventuelle Fristen müssen zukünftig entsprechend bürgerfreundlich gestaltet werden. Politisches Engagement wird auf diese Weise endlich belohnt. Bürgerbeteiligung, vor allem auch die Kinder- und Jugendbeteiligung, muss künftig bei allen relevanten Projekten durchgeführt und aktiv gelebt werden.

In Bremen bestehen demokratisch gewählte Beiräte in den Stadtteilen, während Bremerhaven über gut organisierte, aktive Stadtteilkonferenzen und Bürgervereine verfügt. Alle Vertreter wissen um die Probleme und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen und setzen sich engagiert für Veränderungen ein. Deshalb wollen wir Beiräte und Stadtteilkonferenzen stärken und ihnen mehr Entscheidungsrechte in Angelegenheiten von Stadtteilentwicklung, Verkehr, Kultur und Sozialem geben. Dazu gehört auch, dass wir die Identität der Stadtteile mit entsprechendem Marketing ausbauen und in bevorstehende Stadtmarketing-Maßnahmen einbinden werden.

Transparentes Handeln in der Politik

Der Verlauf und die Wirkung politischer Entscheidungen in unserem Bundesland und seinen beiden Städten sind nur sehr schwer zu erkennen. Die FDP tritt aktiv dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger auf Entscheidungen in Stadt und Bundesland Einfluss nehmen und diese auch nachvollziehen kann. Schon in der Schule soll deshalb das de-

mokratische System mit seinen Kontrollmöglichkeiten besser erklärt werden.

Derzeit ist dies fast unmöglich: Verfügungen werden häufig an eine der unzähligen öffentlichen Gesellschaften ausgelagert und somit der Politik und der Öffentlichkeit vorenthalten. Von welchen Schritten und Entscheidungen die unterschiedlichen Ergebnisse beeinflusst wurden, lässt sich dadurch nicht mehr nachvollziehen. Dieser Umstand führt dazu, dass niemand, weder Parteien oder Fraktionen, noch einzelne Abgeordnete, vom Bürger zur Rechenschaft gezogen werden können.

Die FDP will für die Politik in Bremen ein Höchstmaß an Offenheit und Transparenz. Politik muss wieder dort stattfinden, wo sie in einer Demokratie hingehört; im Parlament. Entscheidungen müssen wieder in der Bürgerschaft oder Stadtverordnetenversammlung beschlossen und anschließend von der Verwaltung ausgeführt werden. Der Gesamtkonzern Bremen/Bremerhaven mit seinen zahlreichen Gesellschaften und seiner Verwaltung muss einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. Die Zielsetzung hierbei muss es sein, eine transparente, demokratische und kostengünstige Struktur zu erreichen. In diesem Zuge muss auch überprüft werden, welche Aufgaben besser von der Privatwirtschaft selbst und ohne Eingriffe durch den Staat erfüllt werden können. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren.

Sicherheit und Recht in Bremen und Bremerhaven

Polizei

Die FDP ist gegen einen weiteren Stellenabbau in den hoheitlichen Bereichen von Polizei und Justiz. Eine Verbesserung der öffentlichen Si-

cherheit ist nur durch den Erhalt, beziehungsweise die Aufstockung der jetzigen Personalstärke der Polizei zu erreichen. Eine Besetzung aller erforderlichen Stellen hat daher Priorität. Bremen als zukunftsorientiertes Bundesland braucht eine moderne und mit besten Sachmitteln, insbesondere einer zeitgemäßen EDV ausgestatteten Polizei, die eine wirksame und zügige Aufgabenerfüllung im Interesse aller Bürger sicherstellt. Für seine Bürger und alle Besucher muss Bremen eine sichere Stadt sein. Die FDP setzt sich daher nach wie vor für den Erhalt der Ortspolizeibehörde, mit den vorhandenen Revieren in den Stadtteilen sowie für die Vermeidung von aufgabenfremdem und bürokratischem Ballast ein. Ferner sind Kontaktpolizisten als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unerlässlich.

Die FDP möchte die Polizei im Kampf gegen das Verbrechen bestmöglich unterstützen. Kriminelle, vor allem Intensivtäter, sind mit Nachdruck zu verfolgen, zu stellen und rasch zu verurteilen. Der Opferschutz steht für uns klar vor dem Täterschutz. Zu diesem Zweck müssen die Rechte der Opfer gestärkt werden. Eine schnelle und gerechte Verurteilung von Straftätern dient auch als Motivation für die gut ausgebildeten Beamten im Land Bremen. Auch Täter, deren Straftaten sich auf das Internet beziehen, müssen zukünftig härter bestraft werden.

Unsere Bevölkerungsstruktur befindet sich im Wandel - nicht zuletzt in Folge der demografischen Entwicklung, aber auch durch die Zuwanderung aus dem EU-Raum, asylsuchende Flüchtlinge und weitere Gruppen. Bremische Politik muss vor diesem Hintergrund, wie die Politik in anderen Großstädten auch, stets darauf achten, soziale Verhältnisse zu fördern. Dem Bestand, beziehungsweise auch schon der Entstehung von Brennpunkten, muss entgegengewirkt werden, wofür der Staat alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen muss. Mögliche

Maßnahmen sind beispielsweise die Verbesserung der Infrastruktur, Möglichkeiten von Bebauungsplänen, erhöhte Polizeipräsenz und ebenso verstärkter Austausch zwischen den Vertretern der öffentlichen Verwaltung, der Polizei und den Bewohnern der betreffenden Stadtteile. Nur so kann das Sicherheitsniveau einer Großstadt wie Bremen insgesamt kontrollierbar gehalten werden.

Die FDP spricht sich jedoch klar gegen Waffenverbotszonen und eine vermehrte Überwachung durch Kameras aus. Diese Schritte tragen allenfalls zur Verschiebung von Gefahrenschwerpunkten bei, besitzen in der Regel aber nur Symbolcharakter und führen nicht zu einer tatsächlichen Senkung der Kriminalitätsrate. Auch die Überwachung von Bürgern auf digitalem Wege, ohne direkten Anlass, lehnt die FDP rigoros ab. Die Freiheit der Privatsphäre einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers sollte bei deren Gestaltung weitest möglich ihr oder ihm selbst überlassen bleiben und nicht unangemessen vom Staat angegriffen werden.

Sicherheit in den Stadtteilen kann nicht allein durch die Polizei gewährleistet werden. Hierzu gehört auch die Förderung der Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen, die im Bereich der Gewalt- und Kriminalprävention tätig sind. Hinzu kommt mehr und bessere Beratung der Bürgerinnen und Bürger durch die Polizei. Wir setzen uns für eine übergreifende Schul-, Jugend- und Sozialpolitik ein, die darauf hinwirkt, dass eine kriminelle Laufbahn für Jugendliche nicht in Frage kommt.

Zudem setzt die FDP auf Mitbürgerinnen und Mitbürger, die bei Straftaten nicht wegsehen, sondern umsichtig und helfend eingreifen. Zivilcourage innerhalb der Bevölkerung hält viele potentielle Täter von einer Straftat ab.

Feuerwehr

Für die Sicherheit in den Stadtteilen sorgen nicht nur Polizei und Justiz, sondern auch die Feuerwehren, sowohl in Form der Berufs- als auch der Freiwilligen Feuerwehr. Sie leisten bei Bränden, Unfällen und anderen Katastrophenfällen eine hervorragende Arbeit. Ihr Einsatz ist für Städte wie Bremen und Bremerhaven mit ihren Häfen, ihrer Industrie und dem damit verbundenen erheblichen Gefahrenpotential, unverzichtbar. Die FDP macht sich für die bestmögliche Förderung dieses herausragenden Engagements stark. Dies gilt besonders für die kontinuierliche technische Modernisierung der Ausrüstung und des Fuhrparks anhand von Brand- und Rettungsmittelbedarfsplänen, aber auch für eine hinreichende Abdeckung der Stadtgebiete mit Feuerwachen bei entsprechend notwendiger Besetzung. Dabei sind insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren zu unterstützen, damit deren Bestand und das mit ihnen verbundene ehrenamtliche Engagement und ihr Beitrag zum Brandschutz langfristig gesichert werden kann.

Justiz

Die Gerichtsbarkeit ist eine hoheitliche Aufgabe. Hier macht sich die FDP dafür stark, dass die Justiz personell stets ausreichend ausgestattet ist und ihr alle erforderlichen Sachmittel, besonders aus dem Bereich EDV, zur Verfügung stehen, auf die eine moderne Justiz angewiesen ist.

Der Justizstandort Bremen muss national und international, beispielsweise im Rahmen von Schiedsgerichtsverfahren, zunehmend Anerkennung finden. Hierdurch ist der Ruf Bremens zu fördern, welcher ein wesentlicher Baustein für die Wahrung der Selbstständigkeit unseres Bundeslandes ist.

Jugendkriminalität gilt es schneller und wirkungsvoller zu bekämpfen. Zu den staatlichen Kernaufgaben gehört eine funktionierende rechts-

staatliche Ordnung, die auch den Schutz und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten hat. In der Wahrnehmung dieser Bürger, beeinflusst durch die hohe Anzahl von Straftaten in Bremen, ausgeführt von Jugendlichen, unter ihnen auch sogenannte Intensivtäter mit Einbruchdiebstählen und Gewaltdelikten, wird diese Aufgabe aktuell nicht erfüllt.

Der Erziehungscharakter des Jugend(Straf-)rechts muss durch mögliche frühzeitige und nachhaltige, präventiv wirkende Maßnahmen ergänzt werden.

Verfahren müssen beschleunigt werden. Nach Entdeckung von Tat und Täter ist sicherzustellen, dass dieser unverzüglich dem Jugendrichter zur Ahndung seines Vergehens überlassen wird. Eine schnelle staatliche, justiziable Reaktion auf kriminelles Verhalten hat die höchste Wirkung auf Täter und Allgemeinheit und verhindert am effektivsten weitere Taten. Um die nötige Beschleunigung zu erwirken, ist eine bessere Vernetzung von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendbehörden und Jugendgerichten herzustellen. Dies kann auch räumlich durch ein „Haus des Jugendrechtes“ erreicht werden.

Die Sanktionsmöglichkeiten für das Jugendgericht müssen erweitert werden. Bei jugendlichen Wiederholungstätern ist, zur Verhinderung einer kriminellen Karriere und zur generalpräventiven Abschreckung im Einzelfall, die Dauer des Arrestes auf 3 Monate verlängerbar zu gestalten. Darüber hinaus ist die Funktion des Warnschussarrestes, der neben einer Freiheitsstrafe auf Bewährung ausgeworfen werden kann, hinsichtlich seiner bisherigen Wirkungen konsequent durchzuführen. Eine Verlängerung der Jugendstrafe über 10 Jahre hinaus lehnen wir ab.

Bremen soll die Position des Erziehungsrichters einführen. Die Einrichtung von Erziehungsrichtern, durch Erweiterung der Aufgaben der Jugendrichter sowie deren Fortbildung, ermöglicht es, familienrechtliche und jugendrechtliche Sachverhalte in einer Hand zu bündeln. Auf diese Weise kann, bei noch nicht strafmündigen Tätern, bereits im Rahmen des Jugendstrafrechts erzieherischer Einfluss ausgeübt werden. Falls mehrere Personen aus der Familie in die Problematik einbezogen sind kann so auch auf sie gerichtlich eingewirkt werden. Beispielsweise durch die Unterstützung der Eltern oder Geschwister sowie durch Maßnahmen zur Abwendung von Gefährdungen des Kindes oder des Jugendlichen selbst.

Durch den Erziehungsrichter kann so frühzeitig Auffälligkeiten in der Entwicklung entgegengewirkt werden, beziehungsweise können diese korrigiert und kriminelle Karrieren verhindert werden.

Die Justiz im Land Bremen ist aber nicht nur bezüglich der Strafgerichtsbarkeit zu optimieren. In allen Bereichen der Gerichtsbarkeit muss sich ein Bürger auf möglichst zeitnahe Verhandlungen verlassen können. So ist etwa ein Verweis auf einen hinreichenden Schutz vor Ausbeutung durch das bestehende Arbeitsrecht wohl kaum angebracht, wenn ein entsprechendes Urteil bei Gericht erst nach ein paar Jahren erzielt werden kann. Gleiches gilt natürlich auch in anderen Rechtsbereichen, zum Beispiel auch, wenn sich ein Bürger gegen mögliche Behördenwillkür zur Wehr setzen muss. Daher sind die Strukturen der Bremischen Justiz grundsätzlich auf ihre Effizienz hin zu prüfen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um unverhältnismäßige Hindernisse in der Rechtsprechung zu unterbinden.

Sicherheit im Netz

Die FDP Bremen spricht sich klar gegen eine übermäßige Überwachung des Bürgers im Internet aus. Eine pauschale Vorratsdatenspeicherung beispielsweise, lehnen wir mit Nachdruck ab. Trotzdem müssen Polizei und Justiz auch gegen neue, durch das Internet entstehende Gefahren gewappnet werden. Immer mehr persönliche Daten, aber auch Alltagsprozesse im öffentlichen Leben und in der Industrie, werden über das Netz kommuniziert. Dabei entstehen in steigendem Maße Probleme beim Missbrauch von persönlichen Daten, wie etwa Betrug über Identitätsdiebstahl oder massives Mobbing. Auch andere Bereiche, beispielsweise Verkehrsinfrastrukturen, Energienetze und Fertigungsanlagen, werden zunehmend über das Internet angreifbar. Hier gilt es, entsprechend ausgebildete Spezialeinheiten der Polizei zur Ermittlung zu unterhalten, aber auch die Gerichte entsprechend fortzubilden, damit bestehende Rechtsprechung im Internet angewendet werden kann. Mit Blick auf die Dezentralität des Internets, sollten auch Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den Behörden anderer Länder genutzt und gemeinsame Kompetenzzentren gebildet werden. Entsprechend zur Verfügung zu stellende Haushaltsmittel können so möglichst effizient genutzt werden.

Drogenpolitik

Zu einer modernen Sicherheitspolitik gehört auch eine entsprechend moderne Drogenpolitik, da hiermit in Zusammenhang stehende Straftaten und Ordnungswidrigkeiten häufig Gegenstand juristischer und polizeilicher Ermittlungen sind. Um in diesem Bereich eine optimale Entlastung erreichen zu können, setzt sich die FDP unter anderem für eine unterstützende Sozial- und Gesundheitspolitik ein. Drogensüchtige

sollen auf diesem Weg möglichst davon abgehalten werden, sich zu Kriminaldelikten verleiten zu lassen.

Novellierung des Bremer Hundegesetzes

Die FDP befürwortet ein Hundegesetz, welches die Gefahr im Umgang mit allen Hunderassen berücksichtigt. Für die Sozialisierung und Tierschutzaspekte, und somit auch die Gefährlichkeit der Hunde für ihre Umgebung, ist ihr jeweiliger Halter verantwortlich. Ein den sogenannten Kampfhund-Rassen zugehöriges Tier kann sehr wohl zu einem zuverlässigen und sozialverträglichen Begleiter erzogen werden. Ebenso, wie ein einer vermeintlich harmlosen Rasse angehöriges Tier zu einer Gefahr für alle und auch sich selbst getrimmt werden kann. Ein Hundegesetz hat sich daher entsprechend auf die Verantwortung des Halters und nicht die Rasse des Hundes zu fokussieren.

Eine allgemeine Chip-Pflicht mittels Transponder und eine Versicherungspflicht sowie einen Sachkundenachweis der Halter über die Befähigung zum artgerechten Halten und Führen von Hunden bereits vor der Erstanschaffung eines Hundes, sind nach Ansicht der FDP auch im Land Bremen wünschenswert. Auf diese Weise wird nicht nur die Sicherheit unserer Bürger gefördert, sondern auch der Tierschutz. Der Erwerb eines Sachkundenachweis ist, unter Berücksichtigung der Belastung von Hundehaltern durch Hundesteuer und Versicherung, möglichst kostengerecht und unbürokratisch zu gestalten.

Darüber hinaus ist zu prüfen, wo freie Naturflächen in Bremen als Hundefreilaufflächen gestaltet werden können. Hunden soll ein artgerechter Auslauf ermöglicht werden, ohne dass deren Halter das Stadtgebiet verlassen oder hohe Strafen fürchten müssen.

Gesundheitswesen

Gesundheit ist für uns ein hohes Gut, dessen bestmögliche Bewahrung für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger uns am Herzen liegt. Wirtschaftlichkeit ist in diesem Sektor nicht alles. Unser Ziel ist es, das Gesundheitswesen effektiver zu gestalten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, sich gebührend um ihre Patienten kümmern zu können. Wir wollen, dass eine effiziente Vorortversorgung in den Oberzentren Bremerhaven und Bremen sichergestellt wird, wobei die Krankenhausplanung eine Aufgabe des Landes ist, die es mit dem niedersächsischen Umland zu koordinieren gilt.

Die Krankenhauslandschaft befindet sich bundesweit in einer Umbruchphase. Damit wächst auch in Bremen und Bremerhaven der Handlungsbedarf, die Krankenhausstrukturen bei Sicherung einer hohen medizinischen Qualität anzupassen. Fehlplanungen und politische Fehler haben den Bremer Haushalt immer wieder unnötig belastet, den Wettbewerb zwischen städtischen Krankenhäusern und freigemeinnützigen Krankenhäusern verfälscht und die Versorgung der Menschen keineswegs verbessert. Die FDP sieht die Funktion des Landes Bremen in erster Linie als Kontrollorgan der Krankenhäuser. Übernimmt der Staat Aufgaben, welche gleichermaßen von freigemeinnützigen Organisationen oder Privaten erfüllt werden können, geht dies zu Lasten effizienter Strukturen und verwässert die hoheitliche Überwachung, wie sowohl Keim- als auch Bauskandale eindrucksvoll verdeutlicht haben. Ein unbeschränktes Schultern von finanziellen Risiken durch das Land ist darüber hinaus unverantwortlich.

Wir brauchen ein tragfähiges Konzept für die städtischen Bremer Krankenhäuser mit einer ergebnisoffenen Prüfung, auch hinsichtlich der Möglichkeit einer Privatisierung

Wir Freien Demokraten setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass den Bürgerinnen und Bürgern im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung erhalten bleibt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen am medizinischen Fortschritt teilhaben können; unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko oder ihrem Alter. Es bleibt eine der zentralen Aufgaben der Politik vor Ort, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Um die medizinische Betreuung in den Krankenhäusern auf hohem medizinisch-technischem und personellem Niveau halten zu können, sind Verhandlungen der Träger zur medizinischen und betriebswirtschaftlichen Optimierung notwendig. Soweit es keine Möglichkeiten zur Übertragung des Krankenhausbetriebs städtischer Kliniken auf freigeinnützige Träger gibt, sollte eine strategische Partnerschaft der Krankenhäuser mit anderen privaten oder öffentlich-rechtlich organisierten Krankenhausträgern in der Region angestrebt werden. Hierdurch werden dauerhaft tragfähige Strukturen geschaffen sowie kostensenkende Effekte und Synergien erzeugt, wie es die FDP vor allem in Bremerhaven schon seit Jahren fordert. Eine dem Bedarf angepasste Versorgung auf verschiedenen Leistungsebenen, (Grund-, Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung), muss gewährleistet werden. Dabei soll trotz des überall eingeleiteten Bettenabbaus eine intelligente, die Notfallversorgung und Frühgeborenenversorgung gewährleistende Krankenhausplanung umgesetzt werden.

Die Zahl der Patientinnen und Patienten, die gerade bei komplexeren ambulanten Behandlungen gerne auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur einer Klinik zurückgreifen, steigt kontinuierlich. Trotzdem wird die FDP darauf achten, dass, bei einem Einstieg oder Ausbau der Kliniken in die ambulante Versorgung, die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch freiberufliche Ärztinnen und Ärzte erhalten bleibt.

Pflegedienste, Krankentransporte und Rettungsdienste gilt es so zu organisieren, dass ein chancengleicher Wettbewerb für kommunale, private und freigemeinnützige Anbieter ermöglicht wird.

Bei der Versorgung psychisch kranker Menschen im Bereich der stationären und teilstationären Angebote, konnten in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Auch auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurden Versorgungslücken geschlossen. Gleichwohl besteht nach wie vor ein akuter Bedarf an einer weiteren Verbesserung des Versorgungsangebotes für psychisch kranke Menschen. Psychiatrische Kliniken sind bis heute nicht in der Lage, in vollem Umfang mit Krisen und Probleme von Patienten mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen, wie beispielsweise Autismus, umzugehen. Wir finden, hier besteht weiterhin ein erheblicher Verbesserungsbedarf.

Patienten, die an psychischen Krisen leiden, müssen überdurchschnittlich lange auf Termine bei Psychologen und Psychotherapeuten warten. Wohnortsnahe psychiatrische Versorgungsangebote sind daher weiter auszubauen. Darüber hinaus gilt es, die Vernetzung von medizinischen und psychologischen Angeboten konsequent umzusetzen.

Angesichts des demographischen Wandels hat das Land Bremen alle Anstrengungen zu unternehmen, um einem akuten Mangel an Pflegekräften entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck sollten auch qualifizierter Arbeitskräfte mit entsprechenden Deutschkenntnissen aus dem euro-

päischen und internationalen Ausland angeworben werden. Zur Steigerung der Attraktivität dieses Berufsfeldes sind außerdem Verbesserungen im Lohnniveau, der Auslastung von Arbeitskräften sowie der Qualität der Ausbildung unerlässlich. Wir meinen, dass die anspruchsvolle Arbeit in diesem Sektor auch entsprechend honoriert werden muss.

Es muss ein Anspruch der Politik sein, die Lebensqualität der älterwerdenden Bevölkerung durch eine ausreichende Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte und Versorgungsmöglichkeiten zu erhalten. Eine gute Versorgung im Krankheitsfall sowie eine bezahlbare und qualifizierte Pflege sind zentrale Anliegen der FDP für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen.

In Bremerhaven verzeichnen wir bis heute, dass viele der gesundheitlichen Problemlagen wiederholt vor Ort entstehen und oftmals von den örtlichen Gegebenheiten und der Bewohnerstruktur in den Stadtteilen abhängig sind. Den Gesundheitsämtern kommt in diesem Kontext eine wichtige Schlüsselrolle zu. Es liegt an ihnen, aus dokumentierten Erkenntnissen und ergänzenden Bestandsaufnahmen Strategien zu entwickeln, mit deren Hilfe die Verhältnisse und die Handlungen in den einzelnen Stadtteilen, der Umwelt und im Verkehr nachhaltig verbessert werden können. Zu diesem Zweck müssen die Ämter strukturell und personell zukünftig so ausgestattet werden, dass sie verschiedene Gesundheitsrisiken in unterschiedlichsten Lebenslagen angemessen bearbeiten und ebenso umwelthygienische Probleme professionell angehen können.

Politik für und mit Senioren

Die Freien Demokraten wollen, dass Menschen in jeder Lebenslage möglichst eigenverantwortlich und selbstbestimmt leben können. Speziell Senioren sollen die Möglichkeit haben, ihr Leben auch im Alter

aktiv und nach eigenem Willen zu gestalten. Den kontinuierlich wachsenden Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger an der Gesamtbevölkerung sehen wir als Ansporn für eine neue Seniorenpolitik in Bremen.

Die FDP will Senioren aktiv einbinden und denjenigen helfen, die ihr Leben nur noch eingeschränkt aus eigener Kraft bewältigen können. Unser Ziel ist dabei ein Miteinander der Generationen, weshalb wir die Einrichtung von Seniorenresidenzen, Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäusern sehr begrüßen. Bremen und Bremerhaven sollen sich in Zukunft durch seniorenfreundliche Stadtteile auszeichnen. Um dies zu erreichen, muss auch die Kooperation sämtlicher zu diesem Zweck relevanten Einrichtungen verstärkt werden.

Für unsere Forderung nach einer aktiven, selbstständigen und souveränen Teilnahme von Seniorinnen und Senioren am Leben im Land Bremen ist die Qualität des Wohnumfelds maßgeblich. Sie entscheidet über die Chancen für ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden, auch bis ins hohe Alter. Wir halten es daher für erforderlich, die Stadt durch gezielte Strategien in den Bereichen Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Sozial- und Kulturpolitik sowie Bildung, Sport und Freizeit, altengerecht und somit zukunftsfähig zu gestalten.

Um es älteren Menschen zu erleichtern, möglichst bis an ihr Lebensende den Komfort und die Vertrautheit ihres eigenen Zuhauses genießen zu können, machen wir uns dafür stark, dass Vermieter, die altengerechte Wohnungen und Hilfen planen und anbieten, unterstützt werden. Auf diese Weise wollen wir ein einträchtiges Zusammenleben der verschiedenen Generationen zukünftig sichern.

Vieles in unserer Gesellschaft würde ohne das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Senioren nicht funktionieren. Diese Menschen kön-

nen und wollen vielfach im Rahmen ihrer Möglichkeiten Verantwortung übernehmen und sich mit all ihrer Erfahrung um die Angelegenheiten der Gemeinschaft kümmern. Wir schätzen und unterstützen dieses Engagement und wollen daher den ehrenamtlichen Einsatz von Rentnern und Senioren anregen beziehungsweise fördern. Wir streben außerdem an, dass ältere Menschen ihre Lebens- und Berufserfahrung durch ehrenamtliche Aufgaben an die nachfolgenden Generationen weitergeben können.

Sterbebegleitung

Speziell mit Blick auf die demografische Entwicklung, ist der weitere Ausbau der ambulanten und stationären palliativmedizinischen Versorgung unabdingbar. Die zum Teil veränderten Familienstrukturen aber auch Trennungen oder Kinderlosigkeit beziehungsweise Angehörige, welche weiter entfernt leben, erfordern den Ausbau professioneller Versorgungsstrukturen. Nur so kann dem Wunsch eines Großteils der Sterbenskranken Rechnung getragen werden, zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung versorgt zu werden.

Neben der ambulanten Hospizbetreuung und der Versorgung Sterbender in Pflegeheimen, sind ausreichend stationäre Hospize und Kinderhospize notwendig. Wir begrüßen, dass die Plätze in den Einrichtungen in der Vergangenheit ausgeweitet wurden und so neue Angebote entstehen konnten. Zugleich sehen wir, insbesondere in Bremerhaven, einen weiter steigenden Bedarf durch Menschen, deren Versorgung zu Hause nicht zu leisten ist. Wir wollen einen weiteren Ausbau von selbstständigen Einrichtungen, in denen Sterbende mit familiärem Charakter und dem eigenständigen Versorgungsauftrag gepflegt und auf ihrem letzten Weg begleitet werden.

Kinderhospize betreuen nicht nur die jungen Patienten, sondern auch ihre Eltern und Geschwister. Der Betreuungsaufwand ist dadurch aus verschiedenen Gründen besonders groß: Neben ausreichend Platz und Wohnraum für die gesamte Familie muss ihre emotionale und psychosoziale Betreuung ebenso gewährleistet sein, wie die palliative Betreuung der jungen Patienten. Freizeitaktivitäten und schulische Verpflichtungen der begleitenden Geschwister müssen berücksichtigt werden. Und auch Spiel, Spaß und Lachen sollen, trotz des Kammers, nicht vergessen sondern gefördert werden.

Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Wie Menschen ihr Leben gestalten, ob sie einen gesunden Lebensstil pflegen oder nicht, ist nicht Angelegenheit des Staates. Seine Verantwortung in diesem Bereich liegt darin, das nötige Wissen zu vermitteln, um es jeder Bürgerin und jedem Bürger zu ermöglichen, sich eigenverantwortlich gesund zu verhalten und zu ernähren, beziehungsweise dieses Wissen an die eigenen Kinder weiterzugeben.

Sucht und Drogen

Suchtbezogene Probleme sind in unserer Gesellschaft kein Randphänomen. Ein Teil unserer Bevölkerung ist direkt davon betroffen. Neben denen als harte Drogen eingestuften Mitteln wie Heroin, Ecstasy und Kokain, verursachen außerdem der Konsum, die Beschaffung und vor allem der Missbrauch von Alkohol, Nikotin, Cannabis und Tabletten, zahlreiche Gesundheitsprobleme. Oftmals wird in diesen Fällen auch das soziale Umfeld der Betroffenen in Mitleidenschaft gezogen. Nicht selten treten bei Mitbetroffenen und sogenannten Co-Abhängigen eigene Störungen, beziehungsweise erhebliche Gesundheitsrisiken auf. Wichtig ist es daher, ein effektives Programm zur Prävention von Drogensucht insbesondere an Schulen umzusetzen.

Ziel aller Drogenpolitik für Bremen muss es sein, ein möglichst selbstbestimmtes Leben der Abhängigen zu erreichen. Zugleich darf die medizinische Wirkung einiger Drogen, beispielsweise Cannabis, nicht außer Acht gelassen werden. Erkrankten sollten sie daher nicht vorenthalten werden. Eine regulierte Legalisierung von Cannabis, wie die FDP sie fordert, ist daher nicht nur anzustreben um Patienten zu entkriminalisieren, sondern auch, um die Forschung in diesem Bereich zu erleichtern. Entsprechende Studien scheitern aktuell zu oft an der Furcht potentiell geeigneter Probanden. Sie könnten Stigmatisierung zum Opfer fallen oder mit Polizei und Justiz konfrontiert werden. Um Patienten die Unterstützung durch eine Krankenkasse zu sichern, ist es darüber hinaus unerlässlich, dass Cannabis als vollwertiges Medikament anerkannt wird. Die Patienten können keinen Nutzen aus einer Legalisierung von Cannabis ziehen, welche ihnen den Konsum theoretisch erlauben würde, wenn sie sich aus finanziellen Gründen nicht damit versorgen können. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass oftmals wesentlich teurere, weniger wirksame und mit massiveren Nebenwirkungen verbundene Alternativpräparate völlig selbstverständlich unterstützt werden, ist dieser Umstand absolut inakzeptabel.

Gesellschaftliche Probleme im Zusammenhang mit Drogen werden in erster Linie nicht durch den Konsum, sondern durch die illegale Beschaffung von Suchtmitteln verursacht. Ziel der Freidemokraten ist, die Beschaffungskriminalität einzudämmen und gleichzeitig Abhängigen zu helfen. Aus diesem Grund unterstützen wir seit Jahren die Abgabe von Ersatzdrogen wie Methadon und fordern die staatlich kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, denen durch diese Ersatzdroge nicht geholfen werden kann.

Die FDP erachtet es zudem als sinnvoll, im Bereich des Cannabis-Konsums eine regulierte Legalisierung anzustreben. Wir teilen diese Einschätzung mit zahlreichen Rechtswissenschaftlern, etwa Experten aus dem Netzwerk „Schildower Kreis“ und auch mit erfahrenen Praktikern aus den Bereichen Polizei, Justiz, Suchtprävention und Suchtbehandlung. Als prominente Vorbilder könnten hier die Modelle aus den Niederlanden und dem US-Bundesstaat Colorado dienen. Dort ist der Verkauf von Cannabis an Volljährige in entsprechend lizenzierten Sondergeschäften erlaubt.

Im Vorfeld geäußerte Befürchtungen, derartige Maßnahmen würden den Drogenkonsum bei Jugendlichen deutlich steigern, erwiesen sich als unnötig. Es wurden vielmehr gegenteilige Erfahrungen dokumentiert, nach denen der Konsum von Drogen in einigen Bereichen sogar gesunken ist und der Drogenschwarzmarkt spürbar geschwächt werden konnte.

Cannabis ist allgemein hin nicht als Einstiegsdroge zu härterem Drogenkonsum anzusehen. Erst durch den Kontakt über illegale Dealer, welche primär an der Abhängigkeit ihrer Kunden und deren Konsum möglichst gewinnträchtiger Drogen interessiert sind, wird in der Regel auch auf härtere Mittel zurückgegriffen.

Eine Entkriminalisierung der Droge mindert darüber hinaus den Reiz des Verbotenen, den sie aktuell auf ihre Konsumenten ausübt. Ein legaler und lizenzierter Verkauf von Cannabis generiert darüber hinaus zusätzliche Steuereinnahmen, welche unmittelbar in Prävention und Behandlung von Drogensucht investiert werden können.

Polizei und Justiz könnten in diesem Bereich massiv entlastet werden, da es sich hier überwiegend um Kleinkriminalität handelt. In den meisten Fällen wird lediglich gegen die Gesetze des Anbaus und des Besit-

zes von Cannabis verstoßen. Die entsprechenden Täter schaden hierdurch vorrangig sich selbst - ein Umstand, der bei Konsumenten von Tabak und Alkohol wie selbstverständlich toleriert wird. Hierbei müssen aber klare Regeln und Sanktionen für den Straßenverkehr auf wissenschaftlicher Basis aufgestellt werden. Eine Teilnahme am Straßenverkehr als Fahrer eines Fahrzeugs im Rauschzustand ist natürlich genau wie beim Alkohol zu untersagen. Nach Meinung der FDP ist eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit bezüglich des Konsums von Cannabis daher ähnlich der von Tabak und Alkohol zu gestalten.

Für ein buntes, vielfältiges Bremen

Niemand soll aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder einer Behinderung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oder von Bildung ausgeschlossen werden. Unsere Gesellschaft lebt von Vielfalt. Auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, anderen sexuellen Orientierungen und Handicaps bereichern unsere Gesellschaft.

Für moderne Großstädte wie Bremen und Bremerhaven bietet eine auf Vielfältigkeit ausgelegte Politik und einem breiten „Diversity-Management“ große Chancen für den Arbeitsmarkt, für Kreativität und Entwicklung der Stadtgesellschaft. Niemand soll sich verstecken müssen.

Wir unterstützen diese Entwicklung. „Diversity-Management“ nimmt einen immer bedeutenderen Stellenwert in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Es wirkt sich positiv auf das Image aus, erleichtert das Finden von neuen Mitarbeitern, ermöglicht die Erschließung von neuen Marktsegmenten und verbessert die Chancen von Unternehmen im lokalen und globalen Wettbewerb nachhaltig.

Das Beispiel der Stadt Wien kann hier auch für Bremen Vorbild sein.

Integration und Zuwanderung

Eine Region kann stark vom Zuzug neuer Mitbürger aus weiteren EU-Staaten und anderen Teilen der Welt profitieren. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind jedoch, dass neue Bürger aufgrund der Attraktivität von Wirtschaft, Bildung und Kultur angezogen werden, dass entsprechende Arbeitsplätze bereitgestellt werden und eine gelebte Integration in allen Bereichen des Zusammenlebens gefördert wird. Der Zuzug ausländischer Mitbürger kann und darf nicht Ausgangspunkt zukünftiger Konflikte werden. Die erfolgreiche Integration ist mithin eine mit höchstem Vorrang zu bewältigende Aufgabe nicht nur Bremens, sondern aller Bundesländer.

Die FDP steht für eine kontrollierte, bedarfsgerechte Zuwanderung von beruflich qualifizierten Menschen und Familien im Rahmen eines Gesetzes.

Die FDP ist der Auffassung, dass Bremen dieser Aufgabe, ausgehend von seiner Tradition und der Struktur der Bevölkerung, optimal gewachsen ist. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gehören seit Jahrhunderten zu weltoffenen Städten wie Bremen und Bremerhaven. Es ist Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen dahingehend zu verbessern, dass die erforderlichen Arbeitsplätze in der Wirtschaft entstehen können. Sie hat außerdem dafür zu sorgen, dass Bildungsdefizite verhindert werden und stattdessen das Potenzial aller neuen Bremerinnen und Bremer gefördert wird. Ziel dieser Maßnahmen muss es sein, dass sich der Standort durch seine kulturelle Vielfalt auszeichnet.

Wir stehen außerdem zur Verantwortung unserer Gesellschaft, Flüchtlinge aus den verschiedenen Krisengebieten dieser Welt aufzunehmen

und unterstützen ihre mögliche Rückkehr in ihre Heimat. Damit auch hier eine erfolgreiche Integration gelingt, müssen diesen Menschen organisierte Unterkünfte sowie ausreichende Bildungs-, Ausbildungs-, und Arbeitsmöglichkeiten angeboten werden.

Asylsuchende haben Anspruch auf ein faires Verfahren. Die Verwaltungsverfahren sind aber kürzer und effektiver zu gestalten. In allen Fällen muss klar sein, dass erhebliches kriminelles Verhalten zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen führen kann.

Inklusive Gesellschaft

Wir wollen, dass Menschen mit Handicaps, so weit wie individuell möglich und von den Betroffenen selbst gewünscht, eigenständig und selbstbestimmt leben können.

In einem persönlichen Budget und dem Ausbau der ambulanten Betreuung von Menschen mit Behinderung, sehen wir für viele die Chance zu mehr Eigenständigkeit. Zugleich stellen wir aber auch fest, dass weiterhin haltgebende und institutionalisierte Wohneinrichtungen erforderlich sind, um alle Betroffenen angemessen betreuen und ihnen Wohnraum bieten zu können.

Das Ziel einer Förderung der Teilnahme von Menschen mit Behinderung am alltäglichen Leben muss ein möglichst hoher und nach individuellen Fähigkeiten erreichbarer Bildungsabschluss sein. Dieser ist Basis für einen späteren Berufseinstieg. Wer selbstbestimmt einer Arbeit nachgehen kann, ist finanziell unabhängig von sozialen Transferleistungen und erreicht damit, trotz einer Behinderung, die größtmögliche persönliche Freiheit. Menschen, die ungeachtet ihrer körperlichen Behinderung eine feste Arbeit anstreben, sind nicht abhängig von För-

dermitteln. Sie leisten stattdessen, unter anderem durch die generierten Steuereinnahmen, einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft.

Deshalb setzt sich die Bremer FDP nicht nur in Schulen, sondern in allen Teilen der Gesellschaft für Inklusion ein. Dazu gehört auch eine außerschulische Förderung, um jeden Menschen mit einer Behinderung, der dazu in der Lage ist, auf die Arbeitswelt vorzubereiten. Wir wollen unter anderem, dass die Werkstätten stärker als bisher das Ziel verfolgen, diese Menschen erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu führen.

Darüber hinaus bieten Elternvereine und Selbsthilfegruppen vielfältige Angebote für Menschen mit Behinderungen, die ihnen eine Teilhabe oftmals erst möglich machen. Diese wichtige Arbeit ist auch in Zukunft weiter angemessen zu finanzieren.

Statt Alimentation muss aktivierende Hilfe angeboten werden. Sie ist der richtige Weg, um mehr Menschen, trotz einer Behinderung, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die angemessene Förderung durch Institutionen, welche sich ausschließlich um Menschen mit Behinderungen kümmern, wird auch zukünftig notwendig bleiben und muss entsprechend finanziell ausgestattet sein. Wenn möglich, sollte dieser Weg jedoch für Ausnahmefälle vorbehalten sein. Wir begrüßen es außerdem ausdrücklich, wenn Werkstätten für Menschen mit Behinderungen Arbeitsplätze in regulären Betrieben zur Verfügung stellen. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit unserer Forderung, den Betroffenen einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Unternehmen, in denen Menschen mit Behinderungen Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden, leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und die entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter anderem ermöglichen sie diesen Menschen ein spürbares

Mehr an Selbstbestimmung. Unternehmerinnen und Unternehmer, die Verantwortung übernehmen und bereit sind, Menschen mit Behinderungen, trotz oder wegen ihrer Beeinträchtigung und nach ihrem individuellen Leistungsvermögen in ihren Betrieben einzusetzen, verdienen unsere Anerkennung. Mehrkosten, die dadurch für die Unternehmen anfallen, sind vom Staat zu tragen.

Zusammenfassend ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen oder zu flexibilisieren. Das Leistungsvermögen vieler Betroffener ist stark tagesformabhängig, ein Umstand, auf den es bei jeglichen Maßnahmen zur Inklusion in die Gesellschaft Rücksicht zu nehmen gilt.

Familie und Jugend

Die Förderung von Familien ist für die FDP ein hohes Gut. Wir vertreten dabei ein modernes Familienbild, bei dem der Staat keine bestimmte sexuelle Orientierung bevorzugt sondern jede Gemeinschaft, in der Menschen langfristig füreinander Verantwortung übernehmen, gleichberechtigt fördert.

Eine moderne Großstadtpartei muss, in Zeiten des demografischen Wandels, vor Ort in den Stadtteilen, Kitas und anderen Einrichtungen Förderarbeit leisten. Hierfür sind bürokratische Hemmnisse weitestgehend abzubauen. Zu diesem Zweck geeigneter städtischer Grundbesitz sollte zur Verfügung gestellt werden, wobei entsprechende Vorkehrungen in den Bebauungsplänen zu treffen sind.

Städtischer Grund und Boden sowie attraktive Baugebiete sollen, gemäß unserer Forderung nach Wohnformen, welche das generationsübergreifende Zusammenleben von Familien und anderen Gemeinschaften fördern, auch für derartige Projekte bereitgestellt werden.

Jugendliche, die sich in ihrer Freizeit frei entfalten wollen, werden im Land Bremen oftmals durch eingezäunte Sportstätten und ein mangelndes Angebot an Freizeiteinrichtungen ausgebremst. Hier macht sich die FDP für mehr Freiraum zur sinnvollen Freizeitgestaltung stark, unter anderem durch ein breiteres Angebot von Freizeitheimen. Vergangene Initiativen, wie beispielsweise am Freizeitheim Buntentor, haben verdeutlicht, dass unsere jugendlichen Bürgerinnen und Bürger hohes Engagement zeigen. Die Voraussetzung hierfür ist aber, dass man ihnen entsprechende Strukturen zur Verfügung stellt und ihre Bedürfnisse ernst nimmt. Wir streben eine bessere Vernetzung zwischen öffentlichen und privaten Trägern von Freizeiteinrichtungen sowie ihrer Nutzer an, um das Freizeitangebot insgesamt zu verbessern und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu ermöglichen. In diesem Rahmen ist zusätzlich zu prüfen, wie an Nachmittagen und in den Ferien ungenutzte Schulgebäude zu diesem Zweck sinnvoll genutzt werden können.

Kultur

Kultur ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil und wichtiger Standortfaktor einer lebendigen und attraktiven Großstadt.

Eine liberale Stadtgesellschaft lebt von einer Möglichkeit des regen Austauschs zwischen ihren Bewohnern in den Stadtteilen. Einzelne Regionen im Land Bremen laden dabei zwar zum Wohnen, aber nicht angemessen zum Leben über die eigenen vier Wände hinaus ein. Um die Bürgerkultur mehr zu beleben, setzt sich die FDP für private Initiativen zum Unterhalt von Kulturzentren und Bürgerhäusern ein.

Die Förderung von Kultureinrichtungen mit finanziellen Mitteln hat dabei möglichst immer mit der Forcierung von Synergieeffekten zwi-

schen den verschiedenen Einrichtungen zu erfolgen, damit diese Mittel möglichst effektiv Verwendung finden. Dabei müssen sich die geförderten Einrichtungen, um eine möglichst hohe Attraktivität von privaten Initiativen zu erreichen, auf eine langfristige Planbarkeit und einen möglichst unbürokratischen Aufwand zur Umsetzung verschiedenster Projekte verlassen können.

Da die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bei der Haushaltslage des Landes Bremen und seiner Kommunen beschränkt sind, streben wir eine möglichst bedarfsgerechte, gemäß der Nachfrage durch die Bürger gelenkte und durch Spenden unterstützte Finanzierung an. Um ein entsprechendes Interesse zu messen und gezielte Zuwendungen durch Bürger zu fördern, ist unter anderem das Crowdfunding, mit einer transparenten Darstellung des Bedarfs der Einrichtungen und der konkreten Art der Verwendung der Mittel, eine geeignete Möglichkeit. Diesbezüglich ist zu prüfen, ob über die Bremer Landeskasse eine bürgernahe und möglichst einfache Finanzierungsplattform realisiert werden kann.

Ausgaben in die Förderung einer lebendigeren Kultur sieht die FDP dabei auch als Mittel zur langfristigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen. An den Bremer Hochschulen bilden zahlreiche Studiengänge Kulturschaffende für ihre jeweiligen Berufslaufbahnen aus. Eine entsprechend breit gefächerte Kultur vor Ort ist Teil der Grundlage, die notwendig ist, um das an den Hochschulen geschaffene Potential im Land Bremen zu erhalten und nicht in andere Kulturzentren wie Hamburg, Berlin, München, Leipzig oder das Ruhrgebiet abwandern zu lassen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll lediglich eine Grundversorgung gewährleisten. Dies sollte er nach Ansicht der FDP in Ergänzung und

nicht in vollumfänglicher Konkurrenz zu den privaten Medien erfüllen, wobei eine Fokussierung auf Bildung, Information und Förderung der lokalen Kultur zu erfolgen hat. Wir setzen uns für eine Reduzierung des Rundfunkbeitrags ein. Im Sinne des Bürokratieabbaus, sollte die Finanzierung künftig nicht über extra erhobene Gebühren, sondern über Steuern erfolgen. Unnötige Ausgaben, etwa durch die Erzeugung von reinen Unterhaltungsprogrammen und die damit verbundenen Strukturen, gilt es abzubauen. Zudem sind die öffentlich-rechtlichen Medien insofern bürgernäher zu gestalten, dass die diesbezüglichen Entscheidungsgremien transparenter arbeiten und mit möglichst unabhängigen Experten besetzt werden. Wir finden, dass bei deren Auswahl nicht das Parteibuch oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft entscheidend sein darf.

Im Rahmen der Kulturförderung sollte generell keine Glaubensgemeinschaft bevorzugt behandelt werden. Die FDP steht zur Geschichte des Landes Bremen, welche durch das Christentum und auch maßgeblich durch die Seeschifffahrt geprägt wurde und woran durch die Pflege bestimmter Traditionen, Denkmäler und Museen angemessen erinnert werden soll. Dennoch sollte die Wahl des Glaubens eine private Entscheidung jedes Einzelnen sein, weshalb wir unter anderem auch die Abschaffung des generellen Tanzverbots an bestimmten Feiertagen befürworten.

Eine moderne Großstadt wie Bremen braucht auch geeignete Flächen für Freiluft-Partys. In diesem Zusammenhang ist privaten Initiativen mehr Raum und Entfaltungsmöglichkeit zu gewähren. Die Liberalen in Bremen setzen sich hier für ein attraktiveres Angebot ein, welches in günstiger Lage für Gastronomie und Handel, bequem und schnell per

ÖPNV zu erreichen ist. Zudem sind in der Umgebung geeignete Strukturen zur Müllentsorgung und für sanitäre Anlagen zu schaffen.

Sport

Sport trägt durch seine zahlreichen positiven Effekte viel zu einer Gesellschaft bei. In erster Linie ist er natürlich eine wichtige Unterstützung für die körperliche Gesundheit. Darüber hinaus wirkt er belebend, stärkt den Körper für die Kraftanstrengungen des Alltags und dient als wichtige Grundlage für die Beweglichkeit, speziell im fortgeschrittenen Alter. Sport gewinnt aber auch für die mentale Gesundheit immer mehr an Bedeutung, stellt er doch einen optimalen Ausgleich zum Berufsalltag dar und fungiert als Ventil für Stress und inneren Druck. Sportliche Betätigung ist ebenso eine hervorragende Gelegenheit zu bürgerlichem Engagement im Ehrenamt und bietet zusätzlich die Möglichkeit, seinen Mitmenschen im fairen Wettbewerb näher zu kommen und dabei seine sozialen Kompetenzen zu schulen. In einer so sehr durch Migration und viele unterschiedliche Kulturen geprägten Metropolregion wie Bremen ist der Sport zudem ein sehr wichtiges Werkzeug bei der Integrationsarbeit.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, bedarf es eines gut ausgebauten Netzes an Sportvereinen mit entsprechenden Sportstätten sowohl für die Vereine selbst als auch Schulen und Freizeitheime. Außerdem einer hinreichenden Ausbildung an Sportpädagogen und Trainern.

In Bremen mangelt es aktuell vor allem am Unterhalt der Sportstätten. Die Verantwortlichkeiten zwischen den senatorischen Behörden für Sport und für Bildung müssen hier klarer geregelt und die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund deutlich verbessert werden.

Zudem fordert die FDP endlich ein langfristiges Konzept für den kontinuierlichen Unterhalt und die Pflege von Sporthallen, Sportplätzen und Schwimmbädern. Diese Maßnahmen sind unerlässlich, damit der Sport im Land Bremen weiterhin zuverlässig ausgeübt werden kann. Nutzer der Sportstätten sollten keine unnötigen Gefahren und Unannehmlichkeiten wie Schimmel, schadhafte Bodenbeläge und Sportgeräte oder defekte sanitäre Einrichtungen in Kauf nehmen müssen. Um dem Sanierungsstau endlich ein Ende zu setzen, bedarf es einer klaren Erhebung des Sanierungsbedarfs und der Bündelung der Verantwortung für die öffentlichen Sportstätten bei einer einzelnen Behörde. Nötige Sanierungen gilt es möglichst zeitnah abzarbeiten, um den drohenden Zerfall einzelner Sportstätten zu verhindern. Wie im beispielhaften Fall des Uni-Bades kann dieser den kompletten Neubau der betroffenen Stätte notwendig machen, was die Kosten einer Sanierung um ein Vielfaches übersteigt.

Vereine und Verbände sind auskömmlich zu fördern. Wettmittel sind an die Sportverbände nach einem Schlüssel gemäß ihrer Stärke zu verteilen.

Index - Stichwortverzeichnis

A20	28	BaföG	16
A281	30	Bahnhof Speckenbüttel.....	31
Airport	22, 33	Baugebiete	35, 37, 65
Alkohol	58, 61	Baumpflanzungen.....	38
Alleinerziehende	7	Baustandard	36
Altschulden	41	Beamte	45
Ampeln.....	29	Berufseinstieg	63
Anerkennung.....	47, 65	Berufsschule	11
Anflugrouten.....	33	Beschaffungskriminalität ...	59
Angestellte	6, 26	Beschäftigung	18, 23, 38
Ansiedlungspolitik	34	Beschleunigung der	
Arbeiter	6	Planverfahren.....	35
Arbeitsagentur.....	19	Bestandsimmobilien.....	36
Arbeitsmarkt.....	61, 64	Betreuungsangebote	7
Arbeitsmarktpolitik.....	17, 19	Betreuungsgeld	8
Arbeitsmöglichkeiten	63	Betreuungsschlüssel.....	9
Arbeitsplätze	6, 9, 18, 21, 23, 29, 34, 62, 64, 65	Betreuungszeit.....	11, 20
Arbeitsrecht.....	49	Betriebsgründung	11
Arbeitstätigkeit	20	Betriebsübernahme	11
Arbeitsverbote	20	Betriebszeiten	33
Arbeitswelt	64	Bettensteuer	23
Armut	5, 6, 18, 20	Bevölkerungsstruktur	45
Armutsquote.....	17	bezahlbarer Wohnraum ...	15
Arrest	48	Bildung.....	5, 8, 9, 10, 13, 14, 20, 56, 61, 62, 68, 69
ärztliche Versorgung ...	34, 54	Bildungsabschluss	6, 63
Assistenzkräfte.....	12	Bildungschancen	12
Asylbewerber	7, 20	Binnenschifffahrt.....	28
Asylsuchende.....	63	Blinde.....	11
Ausbildung ..	8, 11, 13, 55, 69	Brandschutz.....	47
Autismus	54	Bremer Lagerhaus	
Autobahnring.....	30	Gesellschaft	22
Automobilbau	6	Brepark	22

Bund-Länder- Finanzbeziehungen	41	EDV	13, 26, 45, 47
Bürgerantrag	41, 42	E-Government	25
Bürgerbegehren	41, 42	Ehrenamt	69
Bürgerentscheid	41, 42	ehrenamtliches Engagement.....	47, 56
Bürgergeld	18, 19	Eigenanstrengungen.....	41
Bürgerhäuser	66	Eigenbetriebe	39
Bürgerkultur	66	Eigengesellschaften.....	39
Bürgervereine	43	Eigeninitiative	5
Bürokratie.....	21, 22, 25	Eigentum	35
Bürokratieabbau.....	6, 39, 68	Eigentumsbildung	22
Büropark Oberneuland.....	35	Eigenverantwortung....	10, 40
Cannabis.....	58, 59, 60, 61	Einbruchdiebstähle	48
Chancen.....	5, 8, 9, 18, 20, 27, 30, 56, 61	Einkaufsmöglichkeiten	34
Chip-Pflicht.....	51	Eltern-Kind-Gruppen.....	9
Cybermobbing.....	13	Energienetze	50
Datenschutzrichtlinien	25	Engagement	57, 66, 69
Datentransport	24	Entrümpelung der Verfassung.....	42
Datenverarbeitung	24	Ersatzdrogen	59
demografische Entwicklung	57	Erwerbstätigen.....	20
demographischer Wandel .	54	Erziehungsrichter.....	49
Demokratie.....	10, 41, 42, 44	Ethik.....	15
Deponie Grauwall	36	Existenzgründer.....	6
Dienstleister	26	Exportwirtschaft	23
Dienstleistungen ...	21, 24, 25	Familie	13, 21, 35, 49, 58, 62, 65
Direktwahl der Ortsamtsleiter	41	Familienbild	65
Diversity-Management	61	Fernbusverkehr.....	31
Drittmittel.....	16	Fernverkehrsnetz.....	32
Drogen	58, 59, 60	Fernverkehrs- verbindungen	32
Drogenpolitik	50, 59	Feuerwehr	47
Drogensucht.....	58, 60	Finanzausstattung	40
Ecstasy	58	Flüchtlinge	20, 45, 62

Flughafen.....	18, 33, 39	Gewerbegebiete	21
Flughafen Bremen	33	Gewerbeverkehr	29
Flüsterbremsen	32	Gewoba	22
Föderalismusreform.....	31, 41	Gründer	17, 22
Forschung.....	15, 16, 17, 59	Gründerinnen.....	17
Forschungsfreiheit	15	Grundsicherung	18, 19
frei-gemeinnützige		Grundsteuer.....	37
Krankenhäuser	52	Gründung.....	17
Freihandelsabkommen	23	Grünflächen	38, 39
Freihandelszone	23	Güterbahnhof.....	21, 31
Freiheit	6, 10,	GVZ	30
12, 28, 41, 46, 63		Gymnasien	12
Freiluft-Partys.....	68	Häfen	6, 23, 26, 27, 28, 47
Freiwillige Feuerwehr	47	Hafeninfrastruktur	26
Freizeit	34, 56, 66	Hafenkapazitäten.....	27
Freizeitangebot	66	Hafen-Umschlagsplatz.....	40
Freizeiteinrichtungen.....	66	Handelskammer.....	11
Freizeitheim	66	Handicap	36, 61, 63
Frühgeborenenversorgung	53	Handwerk	11, 21
frühkindliche Bildung.....	9	Handwerkskammer.....	11
Funkschneise.....	21	Hartz IV.....	17, 19
Ganztagsgrundschulen	12	Havenwelten	23, 38
Ganztagskindergärten.....	20	Heimat	63
Ganztagssschulen ..	11, 12, 20	Herkunft	7, 61
Generationen	8, 13, 56, 57	Heroin	58, 59
Gerichtsbarkeit.....	23, 47, 49	Hochbegabte	12
Geschosswohnungsbau....	35	Hochbegabtenförderung	6
Gesundheit.....	52, 69	Hochschulbildung	34
Gesundheitsämter.....	55	Hochschulen....	6, 12, 14, 15,
Gesundheitspolitik.....	50	16, 17, 21, 39, 67	
Gesundheitsrisiken	55, 58	Hochschulfreiheit	14
Gesundheitswesen	34, 52	hoheitliche Aufgabe	47
Gewaltdelikte	48	Hörgeschädigte.....	11
Gewerbebrachen	21	Horte.....	12
Gewerbegebiet.....	27	Hospizbetreuung.....	57

Hospize	57	Justiz ..	44, 47, 49, 50, 59, 60
Hotspots	24	Justizstandort	47
Huchting	35	Kammerpflicht	6, 22
Huckelrieder Friedhof	35	Kampfhund-Rassen	51
Hundefreilaufflächen	51	Kappungsgrenzen- Verordnung	37
Hundegesetz	51	Katastrophenfälle	47
Hunderassen	51	Kernaufgaben	44, 47
Hundesteuer	51	Kinderarmut	6, 20
Ideen	17, 19, 21, 22, 33	Kinderbetreuung	7
Identitätsdiebstahl	50	Kinderbetreuungs- möglichkeiten	20
Individualverkehr	33	Kindergarten	9
Industrie	24, 47, 50	Kindergartenjahr	9
Industriestandort	18, 40	Kindergartenplätze	8
Informationsgesellschaft ...	19	Kinderhospize	57, 58
Infrastruktur	15, 16, 28, 29, 30, 34, 35, 46, 54	Kindertageseinrichtung	9
Inklusion	6, 11, 64, 65	Kindertagesstätten	8
Inklusionsklassen	11	Kliniken	53, 54
Innenstadt	23	Kokain	58
Integration	7, 62, 63	kommunale Selbstverwaltung	42
Integrationsarbeit	69	Konsolidierungshilfen	40
Intensivtäter	45, 48	Krankenhäuser	34, 39, 52, 53
Internet	13, 24, 25, 45, 50	Krankenhausplanung..	52, 53
Internet-Anbieter	24	Krankenhausträger	53
Jacobs University	16	Krankenkasse	59
Jobcenter	19	Krankentransporte	54
Jugend	46, 48, 65	Kreativ-Wirtschaft	24
Jugendbehörde	48	Kriminalitätsrate	46
Jugendgericht	48	Krippen	8, 10
Jugendgerichte	48	Kultur	19, 34, 39, 43, 62, 66, 67, 68
Jugendkriminalität	47	Kultureinrichtungen	66
Jugendpsychiatrie	54		
Jugendrichter	48, 49		
Jugendstrafe	48		
Jugendstrafrecht	49		

kulturelle Vielfalt.....	62	medizinischen Fortschritt ..	53
Kulturen.....	7, 69	Mehrgenerationenhäuser..	56
Kulturförderung	68	Menschen mit	
Kulturpolitik	18, 56	Behinderung.....	63
Kulturschaffende	67	Methadon.....	59
Kulturzentren.....	66, 67	Metropolregion.....	34, 69
Küstenautobahn.....	28	Mieter.....	22
Länderfinanzausgleich	40	Mietpreisbremse	37
Landessportbund	69	Mietspiegel	37
Lang-LKW	30	Migration	69
Lärm.....	32	Missbrauch von	
Lärmbelastung	32	persönlichen Daten	50
Lärmschutz	32, 33	Miteinander der	
Lärmvermeidung	32	Generationen	56
Lebensmittelindustrie	6	Mittelstand	18
Lebensqualität.....	38, 55	Mittelweser	28
Lebensunterhalt	7, 21	Mitwirkungsrechte.....	42
Lehrerstellen	10	Mobbing.....	50
Lehrkräfte.....	10, 14	Mobilfunknetze	25
Leistung	5, 6, 9, 10, 23	Müllabfuhr.....	22
Leistungsfähigkeit .	16, 17, 41	Müllentsorgung	69
Leistungsvermögen.....	65	Multifunktionsterminal	27
Lesen	11	Musikfest	24
Logistik.....	6, 28, 32	Nachtflugverbot.....	33
Logistikstandort.....	23, 26	Nahversorgungsstruktur ...	34
Luft- und		Natur- und Umweltschutz .	37
Raumfahrttechnik	6	Neuenlander Straße	30
Luftverkehr	33	Neustadt	30
Luftverkehrsabgabe	34	Nikotin.....	58
Luftverkehrsstandort	33	Notfallversorgung.....	53
Magistratsverfassung.....	42	Nutzfahrzeuge	30
Mahndorfer Marsch.....	21	Oberbürgermeister.....	41, 42
Mangel an Pflegekräften ...	54	Obervieland	30
Maximalversorgung.....	53	Oberzentren....	34, 37, 39, 52
Medien	68	Oberzentrum.....	34

Offenheit	44	Psychologen	14, 54
öffentliche Gesellschaften ..	44	psychosoziale Betreuung..	58
Öffentlichkeit	14, 23, 44	Psychotherapeuten.....	54
öffentlich-rechtliche		Public Private	
Rundfunk.....	67	Partnerships.....	25
Öffnungsmöglichkeiten	24	qualifizierte Pflege	55
Offshore-Terminal	27	Quartierbildungszentren ...	12
Offshore-Umschlag	27	Radfahrer.....	30
Offshore-Windenergie	27	Radwege	29
Open Educational		Rechnen	11
Ressources	14	Rechtsprechung.....	49, 50
Open-Innovation-		Reform der Bremerhavener	
Plattform	21	Verfassung.....	42
Opferschutz.....	45	Regionalisierungsmittel.....	31
ÖPNV.....	31, 33, 69	Rekommunalisierung	22
Ortspolizeibehörde	45	Religion.....	61
Ortsteile.....	34	Rentner	57
palliativmedizinische		Rettungsdienste.....	54
Versorgung.....	57	Reviere	45
Park-and-Ride-System.....	33	Rundfunkbeitrag	68
Patienten.....	52, 54, 58, 59	Sanierungsstau.....	70
Personalvertretungsgesetz	25	Schaffen von Wohnraum ..	36
Pflegedienste	54	Schaufenster	
Pflegeheime	57	Fischereihafen.....	23
Politisches Engagement ...	43	Schichtarbeit	20
Polizei	44, 45,	Schiedsgerichts-	
46, 47, 48, 50, 59, 60		verfahren.....	47
Polizeipräsenz.....	46	Schienengüterverkehr.....	32
Prävention.....	46	Schienenverkehr.....	31
private Medien	68	Schienenwege	29, 32
Privatisierung	22, 53	Schnoor	23
Privatisierungen	40	Schreiben	11
Privatsphäre.....	46	Schulbildung	10, 13
Privatwirtschaft.....	44	Schuldenbremse.....	39, 41
Produktion.....	21, 28	Schuldenproblem.....	39

Schulen	6, 10, 12, 13, 58, 64, 69	Sportgeräte	70
Schulen in freier Trägerschaft	6, 12	Sporthallen	70
Schulgebäude	66	Sportplätze	70
Schulstruktur	10	Sportstätten	66, 69, 70
Schwerstabhängige	59	Sportverbände	70
Schwerstmehrfach- behinderte	11	Sportvereine	69
Schwimmbäder	70	Sprachtest	9
Seehausen	30	staatlichen Hochschulen	14, 16
Sehgeschädigte	11	Staatsanwaltschaft.....	48
Sektor	21	Staatsfinanzen	40
selbstbestimmtes Leben	5, 10, 28, 56, 59, 64	Stadtentwicklung.....	56
Selbstbestimmung	65	Stadtgesellschaft	61, 66
Selbstständigkeit... ..	11, 39, 47	städtische Krankenhäuser	52
Senioren.....	55, 56	Stadtteilbürgermeister.....	41
Seniorenpolitik	56	Stadtteile... ..	34, 36, 43, 46, 56
Seniorenresidenzen	56	Stadtteilkonferenz	43
sexuelle Orientierung	61	Stadtverordneten- versammlung.....	7, 42, 44
Sicherheit.....	30, 44, 45, 46, 47, 48, 50, 51	Standortfaktor	16, 66
Sicherheitsniveau.....	46	Sterbebegleitung.....	57
Sicherheitspolitik	50	Stiftungsprofessuren.....	15
Solidarpakt	40	Störerhaftung	25
Sonderschulpädagogen	11	Strafgerichtsbarkeit.....	49
soziale Netzwerke	13	Straßenbegleitgrün	39
Sozialleistungen	23	Straßenreinigungsabgabe	36
Sozialpolitik	19, 46	Straßenverkehr	29, 61
Spezialeinheiten der Polizei.....	50	Studenten	15, 17
SPNV	31	Studienangebot	15
Sport	56, 69, 70	Studiengänge	14, 67
Sporteinrichtungen.....	34	Studium	17
		Sucht	58
		Suchtmittel.....	59
		Suchtprävention.....	60
		Tabak.....	61

Tagesmütter	8	Verkehr	6, 21, 30, 32, 34, 39, 43, 55
Tagesmüttern	9	Verkehrsinfrastruktur ..	28, 29
Tagespflegepersonen ...	9, 20	Verkehrslärm	32
Tagesvätern	8, 9	Verkehrsmittel	29
Taktverdichtung	31	Verkehrspolitik	28, 29
Taktverdichtungen	33	Verkehrsteilnehmer.....	29
Täter	45, 46, 48, 61	Verkehrsträger	28, 29
Taube.....	11	Vermieter	56
Technologietransfer	17	Versorgung psychisch	
Teilhabe	28, 61, 64	kranker Menschen.....	54
Tierschutz	51	Verursacherprinzip.....	25
Tierversuche	15	Vulkangelände	21
Toleranz	10	Wachstum.....	6, 14, 18, 23
Tourismus	38	Waffenverbotszone.....	46
Tourismusstandort	23	Wagniskapital	6
Touristen	24	Warnschussarrest.....	48
Transferleistungen	19, 63	Wasserstraßennetz.....	28
Transparenz.....	40, 42, 44	Weihnachtsmarkt.....	24
Transponder.....	51	Weinfest.....	24
Universalhafenstatus	27	Werkunterricht	11
Universität	14, 21	Wertevermittlung.....	10
Unternehmen	15, 21, 22, 33, 61, 64	Wesertunnel	30
Unternehmensgründer	22	Wettbewerb	6, 16, 23, 33, 41, 52, 54, 61, 69
Unternehmensgründung ...	22	Wiederholungstäter.....	48
Unternehmer	6, 17, 65	Wirtschaft... 6, 21, 24, 27, 28, 38, 40, 61, 62	
Unternehmerinnen	17, 65	Wirtschaftsfaktor	14
Unterrichtsausfall	10	Wirtschaftsklima.....	22, 23
Verantwortung	34, 38, 42, 51, 57, 58, 62, 65, 70	Wirtschaftskraft	40
Verbraucherschutz-		Wirtschaftsstandort	22
standard	23	Wirtschaftsverkehr	29
Vereine	69, 70	Wissenschaft	8, 17
Verfassungsreform.....	41	Wohlstand.....	6, 23, 29
verkaufsoffene Sonntage ..	24		

Wohneinrichtungen	63	Zersiedlung.....	37
Wohngebiete	22, 35	Zivilcourage	46
wohnotnahe Versorgung..	53	Zivilklausel	15
Wohnraumversorgung	37	ZOB	31
Wohnumfeld.....	56	Zugewanderte.....	20
Wohnungsbau.....	56	Zukunft.....	5, 7, 8, 14, 16, 17, 18, 26, 36, 37, 38, 56, 64
Wohnungsbauförderung ...	22	Zukunftsvorsorge	22
Wohnungspolitik.....	35	Zusammenleben	8, 36, 56, 65
Wohnungswirtschaft.....	37	Zuwanderung.....	45, 62
Woltmershausen	30	Zuzug.....	35, 62
Y-Trasse	28		



Habemus Wahlprogramm.

Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 2015.

Freie Demokratische Partei Landesverband Bremen e.V.
Sandstraße 2
D-28195 Bremen

Tel.: 041-222 7 222
E-Mail: bremen@fdp.de
www.fdp-bremen.de